

Einladung

**Hiermit laden wir Sie zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates
am Dienstag, den 26.01.2021, um 19.30 Uhr
in die **Turnhalle, Schulstraße 5**
recht herzlich ein.**

Bitte Mundschutz tragen!

Tagesordnung:

- TOP 1 Begrüßung und Vorstellung der Tagesordnung
- TOP 2 Protokollkontrolle
- TOP 3 Bericht des Bürgermeisters
- TOP 4 Fragen und Anregungen der Gäste
- TOP 5 Beteiligung an der Gebietskulisse der LEADER-Region Sächsische
Schweiz und Umsetzung der LEADER-Entwicklungsstrategie 2021-2027 -
Beschluss
- TOP 6 Abwägung der Hinweise sowie Beschluss zur Ergänzungssatzung "Am
Breiten Stein", Flurstücke 203/57 und 203/93 Gemarkung Dürrröhrsdorf,
Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach - Beschluss
- TOP 7 Errichtung eines Feuerwehrgerätehauses mit 2 Stellplätzen in Dobra,
Vergabe der Planungsleistungen Phase 1 bis 3
- TOP 8 Gebührenberechnung des WAZV „Mittlere Wesenitz“ für die Jahre 2021 -
2023 - Beschlüsse
- TOP 9 Übertragung von Haushaltseinnahme- und Haushaltsausgaberesten in das
Haushaltsjahr 2021 - Beschluss
- TOP 10 Vorstellung Haushalt 2021
- TOP 11 Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen -
Beschlüsse
- TOP 12 Fragen und Anregungen der Gemeinderäte und Ortsvorsteher

Mit freundlichen Grüßen


Timmermann
Bürgermeister

SITZUNGS-BESCHLUSS zum TOP 5

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Vorberatung im Hauptausschuss am 10.11.2020

Bürgermeister:
Gemeinderäte:
Anwesende:
Beschluss-Nr.:

- | | |
|---|---------------------------------|
| <input type="radio"/> Mit Ja-Stimmen | <input type="radio"/> vertagt |
| <input type="radio"/> Mit Nein-Stimmen | <input type="radio"/> abgelehnt |
| <input type="radio"/> Mit Stimmenthaltungen | |
| <input type="radio"/> angenommen | |

BESCHLUSSFASSUNG im Gemeinderat am 26.01.2021

Bürgermeister: 1
Gemeinderäte:
Anwesende:
Beschluss-Nr.: /2021

- | | |
|---|---------------------------------|
| <input type="radio"/> Mit Ja-Stimmen | <input type="radio"/> vertagt |
| <input type="radio"/> Mit Nein-Stimmen | <input type="radio"/> abgelehnt |
| <input type="radio"/> Mit Stimmenthaltungen | |
| <input type="radio"/> angenommen | |

Bezeichnung der Vorlage: Beteiligung an der Gebietskulisse der LEADER-Region
Sächsische Schweiz und Umsetzung der
LEADER-Entwicklungsstrategie 2021-2027

Gesetzliche Grundlage: Sächs.GemO

Beschluss: Der Gemeinderat beauftragt den Bürgermeister, sich zur Beteiligung
an der Leader-Gebietskulisse Sächsische Schweiz für den Zeitraum
2021-2027 zu bekennen.

Begründung: Für die neue EU-Förderperiode 2021-27 ist ein erneutes Bekenntnis
zur Gebietskulisse notwendig. Die Gemeinde (Kommune und private
Dritte) haben, gemessen an der Einwohnerzahl, überdurchschnittlich
von Leader profitiert. Aktuell ist der Bau eines Spielplatzes im
Förderverfahren. Um weiterhin von der Förderung zu profitieren, sollte
die Gemeinde ein entsprechendes Bekenntnis abgeben.

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder der Gemeindevertretung: 17
Aufgrund des § 20 der SächsGemO war Gemeindevertreter/
von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Verteiler:

(Siegel)

.....
Timmermann
Bürgermeister

Verein Landschaft(f)t Zukunft e.V.
LEADER-Region „Sächsische Schweiz“
Schloßpark 8, 01796 Pirna

Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach
Herrn Bürgermeister Timmermann
Hauptstraße 122
01833 Dürrröhrsdorf-Dittersbach

Verein Landschaft(f)t Zukunft e.V.
LEADER-Region „Sächsische Schweiz“
Schloßpark 8,
01796 Pirna

Tel.: 03501 4704872
Fax: 03501 5855024
Mail: yvonne.bergmann@re-saechsische-schweiz.de
Web: www.re-saechsische-schweiz.de

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom
Ber

Telefon. Name

Datum
14.10.2020

Neue EU-Förderperiode 2021-2027 Gebietskulisse der LEADER-Region „Sächsische Schweiz“

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Timmermann,

die LEADER-Region Sächsische Schweiz strebt nach erfolgreichem Abschluss der EU-Förderperiode 2014-2020 für die neue Förderperiode 2021-2027 die erneute Anerkennung als LEADER-Gebiet an. Diese Anerkennung ist Grundlage dafür, auch in den kommenden Jahren Zugang zu EU-Fördermitteln zur Entwicklung des ländlichen Raumes zu erhalten.

Die LEADER-Aktionsgruppe (LAG) unserer Region mit ihrem Regionalmanagement konnte im abgeschlossenen Förderzeitraum 2014-2020 insgesamt **20,5 Mio. EUR** an **LEADER-Fördermitteln** in die Region holen. Dadurch wurden flächendeckend rund **250 Vorhaben** mit einer **Gesamtinvestition** von rund **40,4 Mio. EUR** im ländlichen Raum der Sächsischen Schweiz umgesetzt.

In Ihrer Gemeinde/Stadt wurde erfolgreich 9 Vorhaben, davon 2 kommunal und 7 private, wirtschaftliche und soziale, mit einer Fördermittelsumme von 732,0 TEUR und einer Gesamtinvestition von 1.260,0 TEUR umgesetzt.

Die LAG Sächsische Schweiz beteiligt sich seit 2002 am LEADER-Prozess. Durch die langjährige Arbeit mit dem Thema der ländlichen Entwicklung und Förderung konnte sich das Regionalmanagement mit seinen Akteuren/Netzwerken weiter professionalisieren, gilt in der Region als anerkannt und versteht sich als Dienstleister für die Region ganz im Sinne einer nachhaltigen und positiven Entwicklung.

Alle Kommunen der Sächsischen Schweiz sind jetzt aufgefordert, sich durch Stadt- bzw. Gemeinderatsbeschluss zu ihrer Beteiligung an der Gebietskulisse der LEADER-Region Sächsische Schweiz und der Umsetzung der LEADER-Entwicklungsstrategie 2021-2027 zu bekennen.

Bitte prüfen Sie gleichzeitig in Ihrem Gemeindegebiet die Zugehörigkeit der Ortsteile zur LEADER-Gebietskulisse (ländliche Prägung, Einwohnerzahl bis 5.000).

Diese Beteiligung ist nicht zuletzt Voraussetzung dafür, dass sie für eigene kommunale Vorhaben, aber auch für Vorhaben von privaten, wirtschaftlichen oder auch sozialen Projektträgern Zugang zu LEADER-Fördermitteln erhalten.

Wir würden uns sehr freuen, Sie wieder für die Gebietskulisse der Sächsischen Schweiz zu gewinnen und bitten um entsprechende Beschlussfassung in Ihren Gremien.

Wir als Region wollen gut gerüstet in die neue EU-Förderperiode starten und alle mitnehmen – daher haben wir geplant, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen und Ihre Prioritäten in den nächsten Jahren abzufragen. Dazu werden wir uns in den kommenden Wochen zwecks eines Gesprächstermins bei Ihnen melden.

Wir freuen uns schon heute über Ihre Beteiligung an der LAG Sächsische Schweiz und über viele Projekte aus Ihrer Stadt/Gemeinde in der neuen EU-Förderperiode 2021-2027.

Ihr Regionalmanagement Sächsische Schweiz



Yvonne Bergmann

Anlage:

Überblick der Vorhaben 2014-2020 in der Region „Sächsische Schweiz“

Team des Regionalmanagements „Sächsische Schweiz“ ab 2021 mit Kontaktdaten

Anlage:

Überblick der Verteilung der LEADER-Mittel 2014-2020 je Kommune



Team des Regionalmanagements „Sächsische Schweiz“ ab 2021



v.l.n.r. Herr Eibenstein, Frau Zimmermann, Frau Bergmann
Herr Oswald, Frau Junker

Regionalmanager:

Herr Oswald, *Umsetzung LES*
Tel: 03501/4704871

Herr Eibenstein, *Tourismus und Mobilität*
Tel: 03501/4704873

Frau Bergmann, *Kommunen und Strategie*
Tel: 03501/4704872

Assistenz:

Frau Junker
Tel: 03501/4704870

Frau Zimmermann
Tel: 03501/4704874

Mail: info@re-saechsische-schweiz.de

SITZUNGS-BESCHLUSS zum TOP 6

X öffentlich

O nichtöffentlich

Vorberatung im Hauptausschuss am 10.11.2020

Bürgermeister:
Gemeinderäte:
Anwesende:
Beschluss-Nr.:

- | | |
|---|---------------------------------|
| <input type="radio"/> Mit Ja-Stimmen | <input type="radio"/> vertagt |
| <input type="radio"/> Mit Nein-Stimmen | <input type="radio"/> abgelehnt |
| <input type="radio"/> Mit Stimmenthaltungen | |
| <input type="radio"/> angenommen | |

BESCHLUSSFASSUNG im Gemeinderat am 26.01.2021

Bürgermeister: 1
Gemeinderäte:
Anwesende:
Beschluss-Nr.: / 2021

- | | |
|---|---------------------------------|
| <input type="radio"/> Mit Ja-Stimmen | <input type="radio"/> vertagt |
| <input type="radio"/> Mit Nein-Stimmen | <input type="radio"/> abgelehnt |
| <input type="radio"/> Mit Stimmenthaltungen | |
| <input type="radio"/> angenommen | |

Bezeichnung der Vorlage: Abwägung der Hinweise zur Ergänzungssatzung "Am Breiten Stein",
Flurstücke 203/57 und 203/93 Gemarkung Dürrröhrsdorf,
Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs in der Fassung vom 21.10.2019 vorgebrachten Hinweise, Bedenken und Anregungen von Bürgern sowie die Stellungnahmen von berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange hat der Gemeinderat mit folgenden in der Anlage aufgeführten Ergebnis geprüft und entsprechend des Abwägungsprotokolls gegeneinander und untereinander abgewogen. Das Abwägungsprotokoll ist Bestandteil des Beschlusses.
2. Die Ergänzungssatzung "Am Breiten Stein", Flurstücke 203/57 und 203/93 Gemarkung Dürrröhrsdorf bestehend aus der Planzeichnung inklusive der textlichen Festsetzungen vom 23.09.2020 wird als Satzung beschlossen. Die Begründung vom 23.09.2020 wird gebilligt.
3. Die Ergänzungssatzung wurde aus der am 15.12.2016 beschlossenen 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach entwickelt. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Satzung beim Landratsamt Sächsische Schweiz - Osterzgebirge anzuzeigen bzw. zur Genehmigung einzureichen.

Begründung: Der Gemeinderat der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach hat in seiner Sitzung am 17.12.2019 mit Beschluss Nr. 66/2020 den Aufstellungsbeschluss zur Ergänzungssatzung "Am Breiten Stein", Flurstücke 203/57 und 203/93 Gemarkung Dürrröhrsdorf, Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach gefasst und ihre öffentliche Auslegung beschlossen. Der Entwurf der Planung wurde den berührten Trägern öffentlicher Belange am 12.03.2020 zugesandt.

Anlage: Abwägungsprotokoll
Planzeichnung
Begründung

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder der Gemeindevertretung: 17
Aufgrund des § 20 der SächsGemO war Gemeindevertreter/
von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Verteiler:

(Siegel)

.....
Timmermann
Bürgermeister

Abwägungsprotokoll

Ergänzungssatzung "Am Breiten Stein", Flurstücke 203/57 und 203/93 Gemarkung Dürrröhrsdorf, Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach

Entwurf i.d.F. v. 21.10.2019

Behörden und TöB-Beteiligung gemäß § 4 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 4a BauGB mit Anschreiben vom 12.03.2020

Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vom 29.06.2020 bis 03.08.2020

Teil I - Behörden / sonstige Träger öffentlicher Belange

lfd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
1	Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Regionalentwicklung / Bauleitplanung Postfach 10 02 53/54, 01782 Pirna 21.04.2020	<u>Votum:</u> Der Ergänzungssatzung wird seitens des Landratsamtes grundsätzlich zugestimmt. Die Unterlagen sind jedoch auf der Grundlage der Teilstellungnahme Naturschutz zu überarbeiten und dem Landratsamt erneut vorzulegen. Die weiteren zu beachtenden Belange entnehmen Sie bitte den nachfolgenden Teilstellungnahmen der Fachbereiche unseres Hauses.	Kenntnisnahme
		<u>Bauleitplanung</u> Für die zukünftige zweifelsfreie Einordnung des Baukörpers sollte ein in sich und in Bezug auf seine Lage im Satzungsbereich vermaßtes Baufeld festgesetzt werden. Das erscheint auch auf Grund der geringen Flächenausdehnung als dringend erforderlich. Der Einfahrtbereich zur Erschließung des Baugrundstückes ist anzugeben.	Kenntnisnahme, Beachtung Vermaßte Baugrenzen und der Einfahrtbereich wurden in der Planzeichnung redaktionell ergänzt.
		<u>Regionalentwicklung</u> In Bezug auf die Belange der Raumordnung wird auf die Stellungnahme des Regionalen Planungsverbandes Oberes Elbtal/Osterzgebirge sowie die der Landesdirektion Sachsen als oberer Raumordnungsbehörde verwiesen.	Kenntnisnahme, kein Änderungserfordernis Stellungnahmen des Regionalen Planungsverbandes vom 09.04.2020 sowie der Landesdirektion Sachsen vom 23.04.2020 liegen vor.
		<u>Denkmalschutz</u> Zu der Ergänzungssatzung bestehen aus Sicht der unteren Denkmalschutzbehörde des Landratsamtes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge keine Ein-	Kenntnisnahme, kein Änderungserfordernis Hinweis zur Meldepflicht von Bodenfunden ist auf der Planzeichnung ergänzt.

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		wände oder Bedenken. Gemäß der Stellungnahme des Landesamtes für Archäologie wird darauf verwiesen, dass die ausführenden Firmen auf die Meldepflicht von Bodenfunden gemäß § 20 SächsDSchG hinzuweisen sind.	
		<p>Gewässerschutz</p> <p>Zum vorliegenden Entwurf der Ergänzungssatzung bestehen aus der Sicht des Gewässerschutzes unter der Voraussetzung einer gesicherten Abwasserentsorgung und Niederschlagsentwässerung keine Einwände.</p> <p>Der Baustandort liegt in keinem Überschwemmungs-, Vorbehalts- und Trinkwasserschutzgebiet, sodass hier die Anforderungen des allgemeinen Gewässerschutzes einzuhalten sind. Danach sind im Interesse der Allgemeinheit und zum Wohle des Einzelnen die Gewässer, hier das Grundwasser, nach dem Grundsatz der Vorsorge vor nachteiligen Beeinträchtigungen zu schützen, insbesondere in ihren natürlichen Eigenschaften zu erhalten und zu sichern.</p> <p>Feste Stoffe und Flüssigkeiten, insbesondere wassergefährdende Stoffe sind so zu lagern, abzufüllen, zu verwenden und zu befördern, dass eine Beeinträchtigung des Grundwassers nicht zu besorgen ist. Baustellenabwässer sind schadlos zu entsorgen, sie dürfen nicht in die Gewässer eingeleitet werden.</p> <p>Hinweise:</p> <p>Mit der zentralen Erschließung des Wohngebietes kann von einer gesicherten Abwasserentsorgung ausgegangen werden.</p> <p>Das anfallende nicht oder nur gering verunreinigte Niederschlagswasser, was nicht als Brauchwasser genutzt werden kann, ist grundsätzlich auf dem eigenen Grundstück zu verbringen. Das breitflächige Versickern von Niederschlagswasser unter Ausnutzung des Reinigungsvermögens der obersten Bodenschicht ist dem punktförmigen Versickern oder Versenken gesammelten Niederschlagswassers vorzuziehen. Die Versickerung bedarf keiner Erlaubnis, wenn das Niederschlagswasser nicht häuslich, landwirtschaftlich, gewerblich oder in anderer Weise gebraucht, das Grundstück nicht gewerblich genutzt und das Dach nicht kupfer-, zink-, oder bleigedeckt wird.</p> <p>Die Ableitung von nur gering verschmutztem Niederschlagswasser aus nicht gewerblichen Einzelgrundstücken durch Einzelanlagen in ein Oberflächengewässer stellt einen Gemeingebrauch dar und bedarf keiner wasserrechtlichen</p>	<p>Kenntnisnahme, kein Änderungserfordernis</p> <p>Hinweise zum Grund- und Oberflächengewässerschutz sind auf der Planzeichnung ergänzt.</p>

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		Regelung. Die Errichtung von Erdwärmegewinnungsanlagen (Wasser/Wasser- oder Wasser/SoleWärmepumpe) sowie Gartenbrunnen erfordern grundsätzlich eine Bohranzeige.	
		<u>Abfall, Boden, Altlasten</u> Aus bodenschutzrechtlicher Sicht gibt es keine Bedenken zur geplanten Ergänzungssatzung. Nachfolgende Hinweise sind zu beachten: Die von der Ergänzungssatzung betroffenen Flurstücke sind nicht im Sächsischen Altlastenkataster (SALKA) als Altlasten oder altlastverdächtige Flächen registriert. Es ist zu beachten, dass sich auf den Flächen dennoch bisher unbekannte Altlasten oder sonstige schädliche Bodenverunreinigungen befinden können. Sollte es dafür Anhaltspunkte geben, besteht die gesetzliche Pflicht, die zuständige Behörde unverzüglich darüber zu informieren. Erdarbeiten sind möglichst nicht in Nasszeiten bzw. Frost- und Tauperioden durchzuführen. Vor Beginn der Bauarbeiten ist von der in Anspruch zu nehmenden Fläche vorhandener Mutterboden abzuschleppen, in Mieten zwischenzulagern und vor Vernichtung, Vergeudung und Erosion zu schützen. Bodenaushub ist getrennt nach Unterboden und mineralischem Untergrund zu erfassen und in Mieten zwischenzulagern. Boden soll möglichst vor Ort wieder verwertet werden. Eine Vermischung ist unzulässig.	Kenntnisnahme, kein Änderungserfordernis Hinweis zum Bodenschutz ist auf der Planzeichnung ergänzt.
		<u>Naturschutz</u> Aus der Begründung zur Planung sind nachfolgende Ausführungen für die naturschutzseitige Wertung relevant: Damit soll den Voraussetzungen für die Aufstellung der Satzung nach § 34 Abs. 5 Nr. 1 bis 3 BauGB mit Gewährleistung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung sowie der Entbehrlichkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach UVPG und der Nichtbetroffenheit von Natura 2000-Gebieten nachgekommen werden. Die vorliegende Planung wird auf der Grundlage von § 13 BauGB als vereinfachtes Verfahren durchgeführt und nach § 13 Abs. 3 BauGB von einer Umweltprüfung abgesehen. Als Biotoptypen sind im Plangebiet Garten mit Nadel- und Ziergehölzen (948) und mehrfach geschnittener artenarmer Rasen zwischen den Garagen und der Hauptstraße (947) vorhanden. Durch die Umwandlung von Garten in Bauland sind auf ca. 730 m ² die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, Boden, Klima und Landschaft betroffen. Die Flächeninanspruchnahme	Kenntnisnahme

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		<p>bedingt eine Neuversiegelung und damit einem einhergehenden Verlust von Bodenfunktionen, die Beeinträchtigung des Wasserhaushalts und der klimatischen Ausgleichsfunktion sowie den Lebensraumverlust für Tiere und Pflanzen. Das Satzungsgebiet ist durch Garten mit Fichten, Kiefern und Ziergehölze sowie durchmehrfach im Jahr geschnittenes Grünland geprägt. Die Gehölze weisen keine Höhlen oder Horste auf. Aufgrund der Siedlungsnähe ist mit häufigen Brutvogelarten, die weit verbreitet sind und deren Habitatansprüche einem weiten Spektrum entsprechen, zu rechnen.</p> <p>Durch die Fällung von Gehölzen können Individuen getötet oder verletzt werden und es kann zum Verlust von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten für Gehölzbrüter kommen. Unter Berücksichtigung, dass Gehölze außerhalb der Brutzeit gefällt werden, d. h. Fällen im Zeitraum 01.10. bis 28.2. (in Anlehnung an § 39 BNatSchG) ist der Verbotstatbestand "Töten oder Verletzen von Individuen oder Gelegen" ausgeschlossen. Bezüglich des Verlustes von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten für Gehölzbrüter wird angenommen, dass die möglichen Beeinträchtigungen in kurzer Zeit wieder kompensiert werden können und keine nachteiligen Folgen für die Populationen bestehen. Dabei ist festzustellen, dass im Sinne von § 44 Abs. 5 BNatSchG die ökologische Funktion der von dem Eingriff möglicherweise betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Die Umgebung besteht aus einer Vielzahl von gehölzreichen Gärten und Baumreihen, so dass gleichwertige Strukturen im räumlichen Zusammenhang vorhanden sind. Gemäß § 44 BNatSchG ist es verboten, besonders geschützte Arten oder ihre Entwicklungsformen zu verletzen oder zu töten oder ihre Fortpflanzungs- oder Ruhestätten zu zerstören sowie streng geschützten Arten und europäische Vogelarten während bestimmter Zeiten erheblich zu stören.</p> <p>Wertung:</p> <p>Die bauplanungsrechtliche Einbindung der Satzungsfläche mit 730 m² in den bauplanungsrechtlichen Innenbereich ist sachlich durchaus nachvollziehbar und wird nachfolgend auch nicht generell in Frage gestellt. Naturschutzfachlich wird die Fläche mit ca. 25 % intensiver Grünlandfläche dargestellt, dies kann im nördlichen schmalen Bereich entlang des Fst. 203/92 bestätigt werden. Der weitere Flächenanteil ist mit ausgeprägter Gehölz- und Strauchbestockung (Abbildung 1, Seite 2) erkennbar. Die Bedeutung dieser Vegetationsbestockung wird insbesondere für den Artenschutz angemerkt. Dies aller-</p>	Kenntnisnahme, Nicht-Berücksichtigung

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		<p>dings maßgeblich mit dem Erfordernis, die Beseitigung im gesetzlich zulässigen Zeitraum vornehmen zu müssen. Die aktuelle Bedeutung dieser Bestockung für die Avifauna wird jedoch insbesondere zum derzeitigen Zeitpunkt erkennbar: die Nadelgehölze sind Konzentrationspunkt einer Vielzahl von Vogelarten, welche gerade in der Zeit, wo die Laubgehölze noch unbelaubt sind, hier ihre Deckung, Schutz und Nistplätze finden. In den letzten Jahren sind bereits schon ab Februar erste Bruten angelegt, die Sonneneinwirkung lässt bereits im Januar die Suche nach Nistplätzen beginnen. Die zunehmende Entfernung der Koniferen aus den Ortslagen -dies auch aus naturschutzseitigen Belangen heraus, aber auch durch Insektenvermehrung bedingt und den Sachverhalt, dass die Gehölze aus dem Stadium der kleinen und niedlichen Ziergehölze herausgewachsen sind reduziert das Lebensraumpotential der Avifauna erheblich. Aus den jährlichen Vogelzählungen (Nabu) ist dies durchaus nachzuvollziehen.</p> <p>Unter Pkt. 5 der Begründung wird diese artenschutzrelevante Gegebenheit durchaus mit benannt bzw. angedeutet. Mit der Einschätzung, dass die Lebensraumfunktion durch die angrenzenden Nachbarflächen übernommen wird, wird die Bedeutung jedoch untergraben. Die potentielle Möglichkeit des Auftretens von Arten mit besonderem Schutzstatus nach FFH- bzw. SPA-Richtlinie könnte durchaus gegeben sein. Damit ist die Zulässigkeit des vereinfachten Verfahrens auf der Grundlage des § 13 Abs. 1 Nr. 2 BauGB unzulässig. Bei der Kleinflächigkeit des Plangebietes sollte dies jedoch vermeidbar sein. Voraussetzung dafür ist jedoch eine Eingriffsbewertung (Handlungsempfehlung Freistaat Sachsen) mit Einordnung der Ausgangszustände, wie die Beschreibung der Flächen und der visuelle Zustand (Abb. 1) es darlegen.</p>	<p>Der Lebensraum der Vogelarten beschränkt sich nicht auf wenige Bäume und sie sind in der Lage jedes Jahr ein neues Nest zu bauen. Hierfür steht angrenzend die Bachaue, Gärten sowie der Fichtenwaldrand am Breite Stein grundsätzlich zur Verfügung. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass keine Höhlen oder Horste bisher in den Gehölzen (20.07.2020) befinden und die Gehölze auch nicht grundsätzlich beseitigt werden sollen.</p> <p>Gemäß § 13 Abs. 1 Nr. 2 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe b kann das Vereinfachte Verfahren angewandt werden, wenn keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der Erhaltungsziele und der Schutzzweck der Natura 2000-Gebiete. Es ist keine unmittelbare Nähe zum SPA-Gebiet (4,1 km) bzw. FFH-Gebiet (850 m) gegeben. So dass keine Anhaltspunkte für eine Beeinträchtigung der dort vorkommenden Lebensräume und Populationen besteht.</p> <p>Es besteht grundsätzlich immer die potentielle Möglichkeit des Auftretens von Arten mit besonderem Schutzstatus nach FFH- bzw. SPA-Richtlinie. Der Lebensraum der Vogelarten beschränkt sich nicht auf wenige Bäume und sie sind in der Lage jedes Jahr ein neues Nest zu bauen. Hierfür steht angrenzend die Bachaue, Gärten sowie der Fichtenwaldrand am Breite Stein</p>

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		<p>Mit der großkronigen Gehölzbestandssituation ist eine Einordnung mit Code 941 als Parkanlage erforderlich. Das Kompensationsdefizit ergibt danach 4990 WE. Auf eine weitere Einbindung von Funktionsbewertungen wird hierbei verzichtet. Den Ausführungen der Begründung folgend sind bei Neuversiegelungen die Möglichkeiten von Entsiegelungsmaßnahmen zur Umsetzung der Kompensationsverpflichtung stets prioritär zu prüfen. Da entsprechend Ausführungen der Begründung in der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach keine Möglichkeiten der Entsiegelung zur Verfügung stehen, ist die Kompensation des verbleibenden Defizits in Höhe von insgesamt 4.990 Werteinheiten mittels Finanzierung der Ökokontomaßnahme Erweiterung des Flächennaturdenkmales "Birkwitzer Wiese" möglich. Der Vertrag über den Erwerb der Ökopunkte sowie der Nachweis über die Zahlung an den Verkäufer der Maßnahme "Birkwitzer Wiese" sind der unteren Naturschutzbehörde vor Satzungsbeschluss vorzulegen.</p> <p><u>Schülerbeförderung / ÖPNV</u> Es bestehen von Seiten des Bereiches Schülerbeförderung und ÖPNV grundsätzlich keine Einwände zum Vorhaben. Sollten sich im Zuge der Durchführung von Bau- und/oder Erschließungsarbeiten Einschränkungen oder Sperrungen (teilweise Sperrungen, oder Vollsperrungen, Umleitungen) von Straßen notwendig werden auf denen öffentlicher Personennahverkehr oder</p>	<p>grundsätzlich zur Verfügung. Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass keine Höhlen oder Horste bisher in den Gehölzen (20.07.2020) befinden und die Gehölze auch nicht grundsätzlich beseitigt werden sollen.</p> <p>Die Einordnung als 941 Parkanlage kann nicht nachvollzogen werden. Parkanlagen sind gemäß Biotoptypenliste Sachsen (LfULG 2004) wie folgt definiert: "Größere, öffentlich zugängliche oder privat genutzte Grünanlagen mit Rasenflächen, Gehölzbeständen, Wegen, z. T. auch Beeten, Gewässern und kleinen Gebäuden." Da es sich um ein Siedlungsgebiet der 1970er Jahre mit entsprechend kleinen Gärten und Garagenanlagen handelt, kann eine Einordnung als Park nicht gesehen werden und es wird an der Einstufung als Garten festgehalten. Gemäß dem damaligen Zeitgeist wurden hauptsächlich Nadelgehölze gepflanzt, welche gemäß Gehölzschutzsatzung der Gemeinde auf mit Gebäuden bebauten Grundstücken nicht geschützt sind. Die Gehölze befinden sich überwiegend an der Grundstücksgrenze. Es wurde ein Baufeld festgesetzt, so dass die Gehölze prinzipiell erhalten bleiben.</p> <p>Kenntnisnahme, kein Änderungserfordernis</p>

lfd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		<p>Schülerbeförderung stattfindet, ist dies rechtzeitig der Abteilung Schul- und Liegenschaftsmanagement, Bereich Schülerbeförderung und ÖPNV, 03501 515-4403 oder per E-Mail an verkehrswesen@landratsamt-pirna.de anzuzeigen. Das entsprechende Verkehrsunternehmen ist gleichfalls rechtzeitig zu informieren.</p> <p><u>Siedlungshygiene</u> Aus bau- und siedlungshygienischer Sicht bestehen keine Einwände zum Vorhaben. Eine hygienisch einwandfreie, der Trinkwasserverordnung (TrinkwV 2001 i. d. F. der Bekanntmachung vom 10. März 2016 - BGBl. 1 S. 459 - die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 3. Januar 2018 (BGBl. 1 S. 99) geändert worden ist) entsprechende Versorgung sowie eine den Normen entsprechende Abwasserbeseitigung sind auch während der Bauphase zu sichern. Sollte eine Neuverlegung von Trinkwasserleitungen, auch die für eine eventuelle Notwasserversorgung, notwendig werden, müssen diese durch das Gesundheitsamt (auch abschnittsweise) freigegeben werden. Eventuell im Planungsgebiet vorhandene dezentrale Trinkwasseranlagen (Brunnen) sind zu schützen.</p> <p>Durch die anderen am Verfahren beteiligten Fachbereiche des Landratsamtes wurden zum gegenwärtigen Planungsstand keine weiteren Hinweise oder Bedenken vorgetragen. Sollten sich Änderungen der Planungsunterlagen ergeben die die Belange des Landratsamtes berühren, beteiligen Sie uns bitte erneut.</p>	<p></p> <p>Kenntnisnahme, kein Änderungserfordernis</p>
2	<p>Landesdirektion Sachsen Ref. 34 - Raumordnung Stauffenbergallee 2 01099 Dresden</p> <p>23.04.2020</p>	<p>Die Satzung steht grundsätzlich im Einklang mit den Erfordernissen der Raumordnung. Der Satzungsentwurf steht zu den maßgeblichen Zielen und Grundsätzen der Raumordnung grundsätzlich nicht im Widerspruch.</p> <p>Hinweis:</p> <p>Einschränkende Nutzungsbedingungen oder konkurrierende Nutzungsansprüche aus dem Raumordnungskataster sind für die überplante Fläche nicht bekannt.</p> <p>Es wird gebeten über den weiteren Fortgang des Verfahrens (Abwägung und Inkraftsetzung) im Rahmen der gesetzlichen Mitteilungspflicht gemäß § 18 SächsLPIG zu informieren. Die Stellungnahme ergeht ausschließlich aus der Sicht der höheren Raumordnungsbehörde. Den Stellungnahmen der anderen</p>	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Änderungserfordernis.</p>

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		Träger öffentlicher Belange wird damit nicht vorgegriffen. Die Stellungnahme wird nachrichtlich per E-Mail an das Landratsamt Sächsische Schweiz/Osterzgebirge und den Regionalen Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge übersandt.	
3	Landesamt für Denkmalpflege Schloßplatz 1 01067 Dresden 03.04.2020	Das Vorhaben berührt keine Belange des Landesamtes für Denkmalpflege.	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Änderungserfordernis.
4	Landesamt für Archäologie Sachsen Zur Wetterwarte 7 01109 Dresden 25.03.2020	Es bestehen keine Einwände. Grundsätzlich sind, die ausführenden Firmen auf die Meldepflicht von Bodenfunden gemäß § 20 SächsDSchG hinzuweisen.	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Änderungserfordernis. Meldepflicht ist als Hinweis Archäologie in die Satzung aufgenommen.
5	Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie Postfach 54 01 37 01311 Dresden 24.04.2020	<u>Zusammenfassendes Prüfergebnis</u> Es bestehen zu dem Vorhaben nach derzeitigem Kenntnisstand keine rechtlichen Bedenken. Gegenwärtig liegen keine Anhaltspunkte über radiologisch relevante Hinterlassenschaften für dieses Plangebiet vor. Aber nach den bisher vorliegenden Kenntnissen liegt das Plangebiet in einem Gebiet, in dem wahrscheinlich erhöhte Radonkonzentrationen in der Bodenluft vorhanden sind. Es sind die angegebenen Anforderungen zu beachten. Zudem wird um Berücksichtigung der Hinweise gebeten. Aus geologischer Sicht bestehen keine Bedenken. Es wird empfohlen die in aufgeführten geologischen Hinweise in die weitere Planbearbeitung einzubeziehen. Die Belange des Fluglärms, Belange der Anlagensicherheit / Störfallvorsorge sowie Belange des Fischartenschutzes/ der Fischerei sind nicht berührt.	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Änderungserfordernis. Hinweise zum Radonschutz, Baugrunduntersuchung, Niederschlagsversickerung und Bohranzeige-, Bohrergebnismittelungspflicht sind auf der Planzeichnung ergänzt.
		<u>Natürliche Radioaktivität - Anforderungen zum Radonschutz</u> Aufgrund der Verabschiedung des neuen Strahlenschutzgesetzes und der novellierten Strahlenschutzverordnung [6] gelten seit dem 31. Dezember 2018	

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		<p>erweiterte Regelungen zum Schutz vor Radon (§§ 121 – 132 StrlSchG / §§ 153 - 158 StrlSchV).</p> <p>Erstmalig wurde zum Schutz vor Radon ein Referenzwert für die über das Jahr gemittelte Radon-222-Aktivitätskonzentration in der Luft von 300 Bq/m³ für Aufenthaltsräume und Arbeitsplätze in Innenräumen festgeschrieben.</p> <p>Wer ein Gebäude mit Aufenthaltsräumen oder Arbeitsplätzen errichtet, hat geeignete Maßnahmen zu treffen, um den Zutritt von Radon aus dem Baugrund zu verhindern oder erheblich zu erschweren. Diese Pflicht gilt als erfüllt, wenn die nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik erforderlichen Maßnahmen zum Feuchteschutz eingehalten werden.</p> <p>Wer im Rahmen baulicher Veränderung eines Gebäudes mit Aufenthaltsräumen oder Arbeitsplätzen Maßnahmen durchführt, die zu einer erheblichen Verminderung der Luftwechselrate führen, soll die Durchführung von Maßnahmen zum Schutz vor Radon in Betracht ziehen, soweit diese Maßnahmen erforderlich und zumutbar sind.</p> <p>Bis Ende 2020 werden spezielle Radonvorsorgegebiete ausgewiesen, für die erwartet wird, dass die über das Jahr gemittelte Radon-222-Aktivitätskonzentration in der Luft in einer beträchtlichen Zahl von Gebäuden mit Aufenthaltsräumen oder Arbeitsplätzen den Referenzwert von 300 Bq/m³ überschreitet.</p> <p>In diesen ausgewiesenen Radonvorsorgegebieten werden dann weitergehende Regelungen in Bezug auf den Neubau von Gebäuden, der Ermittlung der Radonsituation an Arbeitsplätzen in Kellern oder Erdgeschossräumen und zum Schutz vor Radon an Arbeitsplätzen zu beachten sein (§§ 153 – 154 StrlSchV).</p> <p>Hinweise zum Radonschutz</p> <p>Radonberatungsstelle des Freistaates Sachsen:</p> <p>Staatliche Betriebsgesellschaft für Umwelt und Landwirtschaft – Radonberatungsstelle: Dresdner Straße 183, 09131 Chemnitz, Telefon: (0371) 46124-221, Telefax: (0371) 46124-299, E-Mail: radonberatung@smul.sachsen.de, Internet: www.smul.sachsen.de/bful und www.radon.sachsen.de</p> <p>Beratung werktags per Telefon oder E-Mail; zusätzlich besteht die Möglichkeit einer Vereinbarung individueller persönlicher Beratungstermine.</p>	

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		<p><u>Geologie - Hinweise</u></p> <p>Allgemeine geologische und hydrogeologische Verhältnisse:</p> <p>Das Satzungsgebiet befindet sich aus regionalgeologischer Sicht nach [3] im Bereich der Lausitzer Überschiebung, einer geologischen Störungszone, die das Lausitzer Granodioritmassiv im Norden gegen die Elbezone im Süden im Bearbeitungsgebiet abtrennt. Im Bereich der Störungszone verläuft im Ort der Stürzaer Bach mit ca. Ost-West-Verlauf im Plangebiet. Das Satzungsgebiet befindet sich im Einflussbereich der fluviatilen, holozänen Bachaue des Stürzaer Baches. Oberflächennah werden unter einem Mutterboden im natürlichen geologischen Profil Auelehm über Bachsand oder Bachkies erwartet. Außerhalb der Bachaue kann oberflächennah eiszeitlicher Hanglehm auftreten. Unter den genannten quartären Lockergesteinen steht Festgestein an. Im Süden und Südosten des Plangebietes wird Sandstein der Kreidezeit erwartet. Im nördlichen Planteil wird metamorphes Festgestein in Form von Zweiglimmergranodiorit aus der Zeit des Vendiums bis Kambriums anstehen. An ihrer Oberfläche liegen diese Festgesteine verwittert bis zersetzt mit Lockergesteinseigenschaften vor. Innerhalb der sandig-kiesigen Bachsedimente ist ein flächig begrenzter oberflächennaher Talgrundwasserleiter im Sinne eines Porengrundwasserleiters zu erwarten. Das Bachgrundwasser steht erfahrungsgemäß mit dem Wasserstand im Vorfluter in hydraulischem Kontakt. Das Bachgrundwasser unterliegt jahreszeitlichen und witterungsbedingten Schwankungen. Es muss mit einem oberflächennahen Grundwasserstand im Plangebiet gerechnet werden. Im Granodiorit ist Grundwasser an wasserwegsame Kluft- und Trennflächenbereiche gebunden. Der Sandstein stellt einen kombinierten Poren- und Kluftgrundwasserleiter dar.</p> <p>Baugrunduntersuchungen:</p> <p>Es wird empfohlen die Gebäudegrundfläche genauer geologisch zu untersuchen und dabei die geologische Störung und die Lage des Objektes in der Bachaue baugrundseitig zu beachten. Um grundsätzlich Planungs- und Kostensicherheit für das angestrebte Bauvorhaben zu erlangen, wird empfohlen der Bauherrschaft deshalb eine standortkonkrete und auf die Bauaufgabe ausgerichtete Baugrunduntersuchung nach DIN 4020 bzw. DIN EN 1997-2 durchführen zu lassen. Damit kann der Kenntnisstand bezüglich des geologischen Schichtenaufbaus, der hydrogeologischen Situation, der Tragfähigkeit und Lösbarkeit des Untergrundes und zu notwendigen Gebäudeabdichtungen</p>	

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		erhöht werden. Darüber hinaus wird sichergestellt, dass die Planung an bestehende Untergrundverhältnisse angepasst werden kann.	
		<p>Niederschlagsversickerung:</p> <p>Das Niederschlagswasser ist weiterhin auf dem Grundstück zu sammeln, zu nutzen und zu versickern. Bei einer Versickerung von Oberflächenwasser über die Bodenzone ist sicherzustellen, dass diese schadlos erfolgt und Ver- nässungserscheinungen oder Bodenerosion auf den betroffenen Flächen so- wie eine Beeinträchtigung Dritter ausgeschlossen sind.</p> <p>Die oberflächlich anstehenden Auelehme weisen ungünstige hydrogeologische Versickerungseigenschaften auf. Für den Fall einer Versickerung über unterir- dische Versickerungsanlagen muss die Versickerungseignung des potenziel- len Horizontes und der Abstand zum Grundwasserniveau grundsätzlich ge- währleistet sein. Es wird empfohlen die Eignung standortkonkret durch prakti- sche Sickertests im Rahmen der künftigen Baugrunduntersuchung nachzu- weisen. Für eine langfristige Funktionsfähigkeit von Regenwasserversicke- rungsanlagen wird auf die Einhaltung der Planungsgrundsätze und Unter- grundanforderungen des DWA-Arbeitsblattes A 138 (Planung, Bau und Be- trieb von Anlagen zur Versickerung von Niederschlagswasser) der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. vom April 2005 verwiesen.</p>	
		<p>Regelungen Lagerstättengesetz:</p> <p>Es wird gebeten, die anzulegenden Baugrund- und Versickerungsbohrungen vor Bohrbeginn beim geologischen Dienst, Abteilung Geologie des LfULG an- zumelden und die Bohrergebnisse nach Bohrende an unsere Einrichtung zu übergeben (vgl. §§ 4, 5 Lagerstättengesetz). In Sachsen steht für die Erfas- sung und Übermittlung von Bohranzeigen nach Lagerstättengesetz eine Inter- netanwendung zur elektronischen Bohranzeige unter www.bohranzeige.sachsen.de zur Verfügung.</p>	
		<p>Übergabe von geologischen Ergebnisberichten:</p> <p>Es wird gebeten, zu beachten, dass Ergebnisse von Baugrundgutachten ge- mäß § 15 Sächs-KrWBodSchG von der Gemeinde an die Abteilung 10 (Geo- logie) des LfULG zu übergeben sind.</p>	

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		<p>Geologische Daten:</p> <p>Die allgemeinen geologischen und hydrogeologischen Untergrundverhältnisse lassen sich auf den geologischen Themenkarten des LfULG im Internet unter der Internet-adresse http://www.geologie.sachsen.de/karten-und-gis-daten-4148.html einsehen.</p>	
6	<p>Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Meißen Postfach 20 02 14, 01657 Meißen</p> <p>22.04.2020</p>	<p>Die Satzung soll Baurecht für den Neubau eines Einfamilienwohnhauses auf dem Flurstück 203/59 schaffen.</p> <p>Die Zufahrt zum Baugrundstück soll über die Straße "Am breiten Stein" erfolgen, die an die Staatsstraße 161 ca. bei Stat. 4950011 /1,640, außerhalb von Ortsdurchfahrten, anbindet. Von dieser kommunalen Straße soll eine Zufahrt über das Flurstück 203/93 (vorhandener Garagenkomplex) vor den Garagen bis zum Baugrundstück geführt werden.</p> <p>Gemäß § 24 Abs. 1 Sächsisches Straßengesetz (SächsStrG) besteht außerhalb der Erschließungsbereiche von Ortsdurchfahrten von Staatsstraßen in einer Entfernung bis zu 20 m vom Fahrbahnrand ein Bauverbot für hochbauliche Anlagen jeder Art und für bauliche Anlagen, die über Grundstückszufahrten an die Staatsstraße unmittelbar oder mittelbar angeschlossen werden sollen. Außerdem ist hier gemäß § 24 Abs. 2 SächsStrG für die Errichtung aller baulicher Anlagen im Abstand bis zu 40 m vom Fahrbahnrand die Zustimmung der Straßenbaubehörde zur Baugenehmigung erforderlich.</p> <p>Das geplante Wohnhaus und alle hochbaulichen Anlagen (z.B. Garagen, Aufschüttungen größeren Umfangs usw.) müssen deshalb in einem Mindestabstand von 20 m zum Fahrbahnrand der S 161 errichtet werden und wie geplant über die vorhandene kommunale Straße "Am breiten Stein" verkehrstechnisch erschlossen werden.</p> <p>Die Zufahrt von der kommunalen Straße über das Flurstück 203/93 ist im größtmöglichen Abstand zur Staatsstraße 161 (also unmittelbar vor den Garagen) anzulegen, um ein zügiges Einfahren von der Staatsstraße zu gewährleisten. Falls für die Bauphase eine temporäre Baustellenzufahrt direkt zur S 161 zwingend erforderlich werden sollte, wäre dafür eine Sondernutzungserlaubnis bei unserer Behörde (mit Planungsunterlagen) zu beantragen.</p> <p>Vom Bauherren bzw. von der Gemeinde können keine Ansprüche auf Lärmschutzmaßnahmen gegenüber der Straßenbaubehörde wegen von der Staatsstraße ausgehenden Lärmemissionen erhoben werden.</p>	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Änderungserfordernis.</p> <p>Die Hinweise bezüglich Zufahrt, Lärmschutzmaßnahmen und Oberflächenwasser sind auf der Planzeichnung ergänzt.</p> <p>Baugrenzen sind in der Satzung ergänzt.</p>

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		<p>Vom Baugrundstück und von der Zufahrt darf kein Oberflächenwasser auf das Straßengrundstück abgeleitet werden. Für eine eventuell erforderliche Herstellung von Anschlussleitungen an Hauptleitungen im Straßengrundstück der S 161 sind vom jeweiligen Versorgungsunternehmen gesonderte Anträge auf Zustimmung bei unserer Behörde zu stellen.</p> <p>Es wird um Bestätigung der Forderungen gebeten. Die Erstellung eines Gestaltungsplanes mit Eintragung des Wohnhauses bzw. der Baugrenzen als Bestandteil der Satzung wäre zweckmäßig.</p>	
7	<p>Regionaler Planungsverband Oberes Elb-tal/Osterzgebirge, Verbandsgeschäftsstelle, Meißner Straße 151 a, 01445 Radebeul</p> <p>09.04.2020</p>	<p>Der Ergänzungssatzung mit einem Geltungsbereich von ca. 0,07 ha für ein Wohnhaus stehen keine regionalplanerischen Festlegungen entgegen.</p>	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Änderungserfordernis.</p>
8	<p>GDMcom mbH Maximilianallee 4 04129 Leipzig</p> <p>16.04.2020</p>	<p>Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der VNG Gasspeicher GmbH, Erdgasspeicher Peissen GmbH. Es bestehen keine Einwände gegen das Vorhaben.</p> <p>Im angefragten Bereich befinden sich keine von der GDMcom verwalteten Anlagen der GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, ggf. muss aber mit Anlagen des genannten bzw. anderer Anlagenbetreiber gerechnet werden.</p> <p>Es ist zu beachten, dass sich im angefragten Bereich Anlagen Dritter befinden können, für die GDMcom für die Auskunft nicht zuständig ist.</p>	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Änderungserfordernis.</p>
		<p>ONTRAS Gastransport GmbH</p>	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Änderungserfordernis.</p> <p>Hinweis zur Ferngasleitung ist in der Planzeichnung ergänzt.</p>

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung																				
		<p>Die beiliegende Schutzanweisung ist wesentlicher Bestandteil dieser Auskunft und zwingend zu beachten.</p> <p>Im angefragten Bereich befinden sich die folgenden Anlagen des oben genannten Anlagenbetreibers. Die Anlagen liegen in der Regel mittig im angegebenen Schutzstreifen:</p> <table><tr><th>Anlagentyp</th><th>Anlagenkennzeichen</th><th>DN</th><th>Schutzstreifenbreite (in m)</th><th>Zuständig</th></tr><tr><td>Ferngasleitung (FGL)</td><td>05</td><td>300</td><td>6,00</td><td>ONTRAS Gastransport GmbH Instandhaltungsbereich Lauchhammer 1</td></tr><tr><td>Kabelschutzrohranlage/n (KSR) mit einliegenden Steuerkabel (Stk) (im Schutzstreifen der FGL 05)</td><td>BF 8780-05 1955</td><td>2XPEDN40</td><td>1,00</td><td>GDMcom GmbH Service KGT Ost Lauchhammer</td></tr><tr><td>Mögliche sonstige Einbauten und Zubehör</td><td colspan="4">Schilderpfahl (SPF), Schilderpfahl mit Messkontakt (SMK), Schilderpfahl mit Fernsprechdose (FS); Gas Merk- oder Messstein (G), Mantelrohr/e (MR) mit Kontrollrohr/en (KR), glasfaserverstärkte FGL-Umhüllung (GFK), Wassertopf (WT), Armaturengruppe/n (S) mit Verbindungsleitung und Auslöser (A), Isolierstück/e (I), Betonreiter (BR), (Kabel-) Schutzrohr/e (SR), Kabelmuffen (KM), Kabelreserve/n (KR), Kabel-Unterflurbehälter (KUFB), Kabelmarker (M), Kabelgarnituren, Bänderder, Gleichrichterschrank</td></tr></table> <p>Die derzeitige ungefähre Lage dieser Anlagen entnehmen Sie bitte anliegenden Planunterlagen.</p> <p>Die Angaben zur Lage der Anlagen sind so lange als unverbindlich zu betrachten, bis die tatsächliche Lage in der Örtlichkeit unter Aufsicht des zuständigen Betreibers/ Dienstleisters festgestellt wurde. Erforderliche Suchschachtungen sind durch den Antragsteller/ das Bauunternehmen in Handschachtung auf eigene Kosten durchzuführen.</p> <p>Benötigen Sie die genaue Lage in der Örtlichkeit, vereinbaren Sie bitte unter Angabe der PE-Nr. einen Termin mit dem nachfolgend benannten Betreiber/ Dienstleister:</p> <div><div><p>Zuständig ONTRAS Gastransport GmbH Instandhaltungsbereich Lauchhammer 1</p></div><div><p>Kontakt ENSO NETZ GmbH Auftragszentrum Gas - Heidenau Hauptstraße 110 01809 Heidenau Telefon: +493529536682</p></div></div> <p>Zum geplanten Vorhaben bestehen grundsätzlich keine Einwände. Zu beachten sind folgende Auflagen und Hinweise:</p> <p>1. Im Schutzstreifen dürfen für die Dauer des Bestehens der Anlage/n keine baulichen Anlagen errichtet oder sonstigen Einwirkungen vorgenommen werden, die den Bestand oder Betrieb der Anlage/n vorübergehend oder dauerhaft beeinträchtigen/gefährden können.</p>	Anlagentyp	Anlagenkennzeichen	DN	Schutzstreifenbreite (in m)	Zuständig	Ferngasleitung (FGL)	05	300	6,00	ONTRAS Gastransport GmbH Instandhaltungsbereich Lauchhammer 1	Kabelschutzrohranlage/n (KSR) mit einliegenden Steuerkabel (Stk) (im Schutzstreifen der FGL 05)	BF 8780-05 1955	2XPEDN40	1,00	GDMcom GmbH Service KGT Ost Lauchhammer	Mögliche sonstige Einbauten und Zubehör	Schilderpfahl (SPF), Schilderpfahl mit Messkontakt (SMK), Schilderpfahl mit Fernsprechdose (FS); Gas Merk- oder Messstein (G), Mantelrohr/e (MR) mit Kontrollrohr/en (KR), glasfaserverstärkte FGL-Umhüllung (GFK), Wassertopf (WT), Armaturengruppe/n (S) mit Verbindungsleitung und Auslöser (A), Isolierstück/e (I), Betonreiter (BR), (Kabel-) Schutzrohr/e (SR), Kabelmuffen (KM), Kabelreserve/n (KR), Kabel-Unterflurbehälter (KUFB), Kabelmarker (M), Kabelgarnituren, Bänderder, Gleichrichterschrank				
Anlagentyp	Anlagenkennzeichen	DN	Schutzstreifenbreite (in m)	Zuständig																			
Ferngasleitung (FGL)	05	300	6,00	ONTRAS Gastransport GmbH Instandhaltungsbereich Lauchhammer 1																			
Kabelschutzrohranlage/n (KSR) mit einliegenden Steuerkabel (Stk) (im Schutzstreifen der FGL 05)	BF 8780-05 1955	2XPEDN40	1,00	GDMcom GmbH Service KGT Ost Lauchhammer																			
Mögliche sonstige Einbauten und Zubehör	Schilderpfahl (SPF), Schilderpfahl mit Messkontakt (SMK), Schilderpfahl mit Fernsprechdose (FS); Gas Merk- oder Messstein (G), Mantelrohr/e (MR) mit Kontrollrohr/en (KR), glasfaserverstärkte FGL-Umhüllung (GFK), Wassertopf (WT), Armaturengruppe/n (S) mit Verbindungsleitung und Auslöser (A), Isolierstück/e (I), Betonreiter (BR), (Kabel-) Schutzrohr/e (SR), Kabelmuffen (KM), Kabelreserve/n (KR), Kabel-Unterflurbehälter (KUFB), Kabelmarker (M), Kabelgarnituren, Bänderder, Gleichrichterschrank																						

Ild. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		<p>2. Digitale Bestandsdaten erhalten Sie nach Unterzeichnung und Rücksendung der beiliegenden Nutzungsvereinbarung an leitungsauskunft@gdm-com.de.</p> <p>3. Insbesondere wird auf die Beachtung des Abschnitts III der beigefügten Schutzanweisung verwiesen.</p> <p>Die Schutzstreifen sind jederzeit begehbar, befahrbar und sichtfrei zu halten; die ONTRASAnlagen müssen auch während der Bauphase ungehindert erreichbar sein. Die Schutzstreifen dürfen weder überbaut noch eingefriedet werden. Eine Nutzung als Stell- und Lagerfläche (z.B. für Baustelleneinrichtung, Gerätschaften, Material, Aushub, usw.) ist ebenfalls ausgeschlossen.</p> <p>Das Befahren von Schutzstreifen mit schweren Bau-/ Transport- und Kettenfahrzeugen ist nur nach erfolgter Zustimmung/ Einweisung und unter Einhaltung besonderer Sicherheitsvorkehrungen gestattet.</p> <p>Grundsätzlich sind die lichten Mindestabstände gemäß Abschnitt 3/ 6. Pflanzungen der Schutzanweisung einzuhalten.</p> <p>4. Damit die öffentliche Sicherheit und die Versorgungsaufgaben nicht beeinträchtigt oder gefährdet werden, sind jegliche Planungen (einschl. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen) im Bereich der Anlagen rechtzeitig abzustimmen.</p> <p>5. Der oben genannte Anlagenbetreiber ist weiter an der Planung/ dem Verfahren zu beteiligen.</p> <p>6. Die Abstimmung zur Ausführung jeglicher Arbeiten hat so zu erfolgen, dass durch den Bauausführenden über das BIL-Portal die verschiedenen Arbeiten rechtzeitig - also mindestens 6 Wochen vor dem beabsichtigten Baubeginn - mit den Ausführungsunterlagen zur Stellungnahme einzureichen sind.</p> <p>7. Der Bauherr/ das ausführende Unternehmen ist auf diese Regelungen und Auflagen hinzuweisen.</p>	
9	<p>ENSO NETZ GmbH- Regionalbereich Heidenau Hauptstraße 110, 01809 Heidenau</p> <p>19.03.2020</p>	<p><u>Stellungnahme Gas</u></p> <p>Im Baugebiet befinden sich Mitteldruckgasversorgungsanlagen der ENSO NETZ GmbH. Die Lage ist dem beigefügten Plan zu entnehmen. Im gesamten Bereich darf in der Nähe von Versorgungsanlagen nur von Hand gearbeitet werden.</p> <p>Gegen die geplante Baumaßnahme bestehen unsererseits keine Bedenken. Dabei müssen die anerkannten Regeln der Technik (wie z. B. DVGW-Arbeitsblätter, DIN-Vorschriften, VDE-Richtlinien, BG-Vorschriften usw.) beachtet</p>	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Änderungserfordernis.</p> <p>Hinweis ist in der Planzeichnung ergänzt.</p>

lfd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		<p>werden. Die exakte Lage, insbesondere Tiefenlage und der Verlauf der Versorgungsanlagen, können von den Eintragungen in den Plänen abweichen. Zur genauen Lagefeststellung sind fachgerechte Erkundungsmaßnahmen (Ortung, Querschläge, Suchschlitze, Handsehachtung o. a.) durchzuführen. Während der Baumaßnahme müssen Versorgungsanlagen so gesichert werden, dass seitliche und höhenmäßige Lageveränderungen ausgeschlossen sind. Leitungen mit einer Überdeckung von 0,2 m dürfen nicht ohne Schutzmaßnahmen, die mit dem zuständigen Meisterbereich abgestimmt sind, befahren werden. Freigelegte Rohrleitungen sind vor mechanischen Beschädigungen durch geeignete Mittel (z. B. Schutzmatten) zu schützen. Beschädigungen, die durch die Nichtbeachtung der erforderlichen Schutzvorkehrungen entstehen, sind dem zuständigen Meisterbereich zwingend anzuzeigen und können dem Verursacher bei grober Fahrlässigkeit in Rechnung gestellt werden.</p> <p>Eine Erschließung mit Erdgas im angefragten Bereich ist möglich.</p> <p>Die Stellungnahme gilt ein Jahr.</p> <p>Vor Baubeginn muss die beauftragte Firma die Auskunftserteilung für Schachtarbeiten einholen sowie einen Termin für die Ortsbegehung vereinbaren.</p>	
		<p><u>Stellungnahme Strom</u></p> <p>Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen der ENSO NETZ GmbH. Vor Baubeginn muss die beauftragte Firma die Auskunftserteilung für Schachtarbeiten bei uns einholen. Unsere Stellungnahme gilt ein Jahr.</p>	Kenntnisnahme
10	<p>Deutsche Telekom Technik GMBH, Technik Niederlassung Ost Dresdner Str. 78, 01445 Radebeul</p> <p>21.04.2020</p>	<p>Es bestehen gegen die Planung keine Einwände. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationslinien der Telekom Deutschland GmbH. Zur telekommunikationstechnischen Versorgung des neuen Baugebietes durch die Telekom Deutschland GmbH ist die Verlegung neuer Telekommunikationslinien erforderlich. Die Erschließung erfolgt über vorhandene und neu zu errichtende TK-Anlage aus östlicher Richtung Am Breiten Stein (siehe Anlage). Für den rechtzeitigen Ausbau des Telekommunikationsnetzes sowie die Koordinierung mit dem Straßenbau und den Baumaßnahmen der anderen Leitungsträger ist es notwendig, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Telekom Deutschland GmbH so</p>	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Änderungserfordernis.

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		<p>früh wie möglich, mindestens 3 Monate vor Baubeginn, schriftlich angezeigt werden.</p> <p>Es wird darauf aufmerksam gemacht, dass aus wirtschaftlichen Gründen eine unterirdische Versorgung des Baugebietes durch die Telekom Deutschland GmbH nur bei Ausnutzung aller Vorteile einer koordinierten Erschließung möglich ist. Folgendes ist sicherzustellen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - dass auf Privatwegen (Eigentümerwegen) ein Leitungsrecht zugunsten der Telekom Deutschland GmbH als zu belastende Fläche entsprechend § 9 (1) Ziffer 21 BauGB eingeräumt wird; - dass eine rechtzeitige Abstimmung der Lage und der Dimensionierung der Leitungszonen vorgenommen wird und eine Koordinierung der Tiefbaumaßnahmen für Straßenbau und Leitungsbau durch den Erschließungsträger erfolgt. 	
11	<p>Wasser- und Abwasserzweckverband "Mittlere Weisenitz"</p> <p>Markt 26, 01833 Stolpen</p> <p>24.04.2020</p>	<p><u>Wasserversorgung:</u></p> <p>Das Plangebiet kann derzeit nicht an die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen werden. In den unmittelbar angrenzenden öffentlichen Verkehrsflächen der Hauptstraße (Flnr. 245) und des Zufahrtsweges zur Siedlung Am Breiten Stein (Flnr. 203/42) befinden sich keine Wasserversorgungsleitungen. Eine Erweiterung der öffentlichen Wasserversorgungsleitungen ist in der mittelfristigen Investitionsplanung des Zweckverbandes nicht vorgesehen.</p> <p>Der Anschluss des Plangebiets kann jedoch vorbehaltlich der Einräumung eines dinglich gesicherten Leitungsrechts über das private Grundstück Am Breiten Stein 40 (Flnr. 203/44) erfolgen. Die Kosten für die Bestellung des Leitungsrechts und die Herstellung der Anschlussleitung bis zum öffentlichen Bereich hat der Bauherr zu tragen. Die Herstellung des Grundstücksanschlusses ist rechtzeitig beim Zweckverband zu beantragen. Im Übrigen sind die Bestimmungen der Wasserversorgungssatzung zu beachten.</p> <p><u>Schmutzwasserbeseitigung:</u></p> <p>Über das Plangebiet verläuft eine Schmutzwasserleitung (Altbestand vor 1990). Der Bestand ist Ihnen bereits bekannt. Die Leitung muss im Rahmen des Bauvorhabens in den Randbereich des Plangebiets umverlegt werden. Die Kosten für die Umverlegung hat der Bauherr zu tragen. Der Anschluss des geplanten Objekts kann an diese Schmutzwasserleitung (Trennsystem)</p>	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Änderungsbedarf.</p> <p>Mit entsprechend dinglich gesichertem Leitungsrechts erfolgt die Erschließung über das Flurstück 203/44.</p> <p>Kennntnisnahme</p>

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
		<p>erfolgen und ist rechtzeitig beim Zweckverband zu beantragen. Im Übrigen sind die Bestimmungen der Abwassersatzung zu beachten.</p> <p>Der langfristige Bestand der öffentlichen Schmutzwasserleitung ist durch eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit zugunsten des Zweckverbandes zu sichern. Hierzu soll auf der Grundlage der Ausführungsplanung bzw. eines Bestandsplanes ein Gestattungsvertrag mit dem Grundstückseigentümer abgeschlossen werden, welcher die Bewilligung grundbuchamtlich erklärt. Für das Leitungsrecht steht dem Grundstückseigentümer eine einmalige Entschädigung in angemessener Höhe zu.</p> <p><u>Niederschlagswasserbeseitigung:</u> Für das Plangebiet kann kein Anschluss an eine öffentliche niederschlagswasserführende Abwasserkanalisation bereitgestellt werden. Das Niederschlagswasser ist auf dem Grundstück zu versickern bzw. als Brauchwasser zu verwenden. Die Versickerungsanlage ist nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu errichten und zu betreiben. Sofern Niederschlagswasser als Brauchwasser verwendet und in die öffentliche Schmutzwasserkanalisation eingeleitet werden soll sind die Bestimmungen der Abwassersatzung zu beachten.</p> <p>Das Grundstück kann an die öffentliche Schmutzwasserkanalisation (Trennsystem) angeschlossen werden.</p>	<p>Es ist vorgesehen das Niederschlagswasser auf dem Grundstück zu versickern bzw. als Brauchwasser zu verwenden. Ein Hinweis ist auf der Planzeichnung ergänzt.</p>
12	<p>Zweckverband Abfallwirtschaft Meißner Straße 151a, 01445 Radebeul</p> <p>03.04.2020</p>	<p>Im Planungsgebiet gibt es keine Anlagen, die sich in der Inhaberschaft des ZAOE befinden. Gegen die Planung in der vorliegenden Fassung bestehen keine Einwände. Auf den Grundstücken ist ausreichend Stellfläche für Abfallbehälter vorzuhalten, beachten Sie dazu das Infoblatt. Durch die mögliche Einführung einer gelben Tonne ab dem Jahr 2021 kann sich der Flächenbedarf noch zusätzlich erhöhen.</p> <p>Es wird um Information über den weiteren Verfahrensverlauf gebeten.</p>	<p>Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Kein Änderungsbedarf.</p>
13	<p>Naturschutzbund Deutschland (NABU), Landesverband Sachsen e.V. Löbauer Straße 68, 04347 Leipzig</p>	---	---

Ifd. Nr.	Behörden / sonstige Träger öffentl. Belange Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
14	Landesverein Sächsischer Heimatschutz e.V. Wilsdruffer Straße 11/ 13, 01067 Dresden	---	---
15	Schutzgemeinschaft Deut- scher Wald, Landesverband Sachsen e. V. Städtelner Straße 54, 04416 Markkleeberg	---	---
16	Landesverband Sächsischer Angler e. V. Rennersdorfer Straße 1, 01157 Dresden	---	---
17	Landesjagdverband Sachsen e.V. Cunnersdorfer Straße 25, 01189 Dresden	---	---
18	Grüne Liga Sachsen e.V., Landesgeschäftsstelle Wieckestr. 37, 01237 Dres- den	---	---
19	Bund für Umwelt und Natur- schutz Deutschland (BUND), Landesverband Sachsen e.V. Straße der Nationen 122, 09111 Chemnitz	---	---
20	Naturschutzverband Sachsen e. V. (NaSa) Gahlenzer Str. 2, 09569 Oe- deran	---	---

Teil II Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)

lfd. Nr.	Nachbargemeinden Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
21	Stadtverwaltung Stolpen, Markt 1, 01833 Stolpen 16.03.2020	Belange der Stadt Stolpen werden nicht berührt.	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
22	Gemeindeverwaltung Arnsdorf Bahnhofstraße 15/17, 01477 Arnsdorf 22.04.2020	Die Gemeinde Arnsdorf stimmt zu. Es stehen keine Belange der Gemeinde Arnsdorf entgegen. Es werden keine Einwände oder Bedenken erhoben.	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
23	Landeshauptstadt Dresden, Stadtplanungsamt Postfach 12 00 20, 01001 Dresden 20.04.2020	Planungsrelevante Belange der Landeshauptstadt Dresden werden nicht berührt.	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
24	Stadtverwaltung Pirna Am Markt 1/2, 01796 Pirna 31.03.2020	Die Stadt Pirna hat keine Einwände.	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
25	Gemeindeverwaltung Schloß Lohmen 1, 01847 Lohmen 09.04.2020	Die Belange der Gemeinde Lohmen werden nicht berührt. Es bestehen keine Einwände.	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

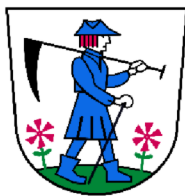
Ifd. Nr.	Nachbargemeinden Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
26	Stadtverwaltung Hohnstein Schandauer Straße 6, 01848 Hohnstein 29.04.2020	Die Belange der Stadt Hohnstein werden nicht berührt. Es bestehen keine Einwände.	Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Teil III Beteiligung der Öffentlichkeit

Ifd. Nr.	Bürger Datum d. Stellungnahme	Hinweis / Anregungen	Abwägungsvorschlag Begründung
---	---	---	---

Ergänzungssatzung "Am Breiten Stein"

**Flurstücke 203/59 und 203/93 Gemarkung Dürrröhrsdorf
Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach**



Gemeindeverwaltung Dürrröhrsdorf-Dittersbach
Hauptstraße 122
01833 Dürrröhrsdorf-Dittersbach

Begründung

Satzung - 23.09.2020

Bearbeitung:

Haß Landschaftsarchitekten

Haß Landschaftsarchitekten
Schlossstraße 14
01454 Radeberg

1 Planungserfordernis

Mit Hilfe der Satzung sollen die baurechtlichen Voraussetzungen für eine ortsangepasste Eigenentwicklung geschaffen werden. Bauwilligen, ortsansässigen Bürgern wird damit die Möglichkeit und die planungsrechtliche Sicherheit für Baumaßnahmen eröffnet. Zugleich besteht durch ortsansässige Bürger der Wunsch nach Baumöglichkeiten in räumlicher Nähe zu ihren Eltern. Die Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach hat die vorliegende Ergänzungssatzung nach § 34 Abs. 4 Nr. 3 Baugesetzbuch (BauGB) aufgestellt, um Baurecht für das unbebaute Flurstück 203/59 mit Zufahrt über das Flurstück 203/93 (alt: Teil des Flurstücks 203/57) der Gemarkung Dürrröhrsdorf zu schaffen.

Der Geltungsbereich der Satzung ist derzeit dem bauplanungsrechtlichen Außenbereich nach § 35 Baugesetzbuch (BauGB) zugeordnet und befindet sich am östlichen Ortsrand des Ortsteils Dürrröhrsdorf, nahe der Straße "Am breiten Stein".

Die Satzung ermöglicht die Errichtung eines Wohnhauses auf dem Flurstück 203/59. Die Zufahrt erfolgt über die Straße "Am breiten Stein".

Die Zulässigkeit des Vorhabens wurde am 17.10.2018 in einem gemeinsamen Vor-Ort-Termin mit dem Bauamt, Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach und dem Sachgebiet Bauaufsicht, Landratsamt Sächsische Schweiz-Osterzgebirge erläutert. Dabei wurde die Ergänzungssatzung als richtiges planerisches Mittel festgehalten.

2 Planungsrechtliche Voraussetzungen

Anforderungen nach Baugesetzbuch

Die Ergänzungssatzung erhält ihre Bestimmung durch die Regelung nach § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB. Danach müssen die kraft der Satzung in den Innenbereich einzubeziehenden Flächen durch die bauliche Nutzung des angrenzenden Bereichs geprägt sein.

Voraussetzungen für die Aufstellung der Satzung sind nach § 34 Abs. 5 Nr. 1 bis 3 BauGB die Gewährleistung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung, die Entbehrlichkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach UVPG und die Nichtbetroffenheit von Natura 2000-Gebieten.

Überörtliche Planungen

Im Landesentwicklungsplan ist das Gemeindegebiet als ländlicher Raum ausgewiesen, angrenzend an den Verdichtungsraum Dresden. Benachbarte zentrale Orte sind das Oberzentrum Dresden und das Mittelzentrum Pirna.

Der Regionalplan (2019) enthält keine Ausweisungen für den betroffenen Bereich.

Der rechtswirksame Flächennutzungsplan der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach stellt für den Geltungsbereich der Satzung eine Wohnbaufläche dar.

Städtebauliche Einordnung

Durch die Kleinflächigkeit des Satzungsgebietes und das Einfügen in den angrenzenden Bebauungszusammenhang ist eine maßvolle Siedlungserweiterung an geeigneter Stelle gegeben. Die gesicherte Erschließung ist nachzuweisen (siehe Abschnitt 4).

Umweltverträglichkeit

Vorhaben oder Pläne, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen, sind nicht Gegenstand der Satzung.

Natura 2000

Ein räumlich-funktionaler Bezug zu Natura-2000-Gebieten ist aufgrund der weiten Entfernung ebenfalls ausgeschlossen. Das nächstgelegene Gebiet "Wesenitz unterhalb Buschmühle" (EU-Nr. 4949-302) befindet sich mind. 850 m westlich entfernt

3 Räumlicher Geltungsbereich und Bestand

Satzungsgebiet

Der Geltungsbereich der Ergänzungssatzung umfasst einen Teil des Flurstücks 203/93 sowie das gesamte Flurstück 203/59, welche durch Garten mit Gehölzen bzw. Grünland charakterisiert sind. Die Flächengröße beträgt 730 m².

Abb. 1: Überblick über das Plangebiet (Luftbild 2017© Staatsbetrieb Geobasisinformation und Vermessung Sachsen)





Die äußere Umgrenzung ist gegeben:

- im Norden durch die Hauptstraße,
- im Osten durch die Straße "Am Breiten Stein" mit einem Garagenkomplex,
- im Süden durch Wohnbebauung,
- im Westen durch Gärten.

4 Erschließung

Verkehr

Das Satzungsgebiet ist im Osten an die öffentliche Verkehrsfläche der Straße "Am Breiten Stein" angebunden. Die verkehrliche Erschließung kann hierüber erfolgen.

Medien

Die technische Erschließung des Satzungsgebietes ist durch die Heranführung von Hausanschlüssen für Trinkwasser, Strom und Telekommunikation aus dem vorhandenen Medienbestand in der Straße "Am Breiten Stein" oder teilweise der Hauptstraße möglich. Die erforderlichen Leitungsrechte sind durch Baulasteintragungen grundbuchmäßig zu sichern.

Über das Grundstück verläuft eine öffentliche Schmutzwasserleitung. Die Leitung muss im Rahmen des Bauvorhabens in den Randbereich verlegt werden. Eine Anschlussmöglichkeit besteht.

Das Niederschlagswasser ist weiterhin auf dem Grundstück zu sammeln, zu nutzen und zu versickern.

Die Abfallentsorgung erfolgt durch das Bereitstellen der Abfallbehälter zur Leerung an der Straße "Am breiten Stein".

Brandschutz

Gemäß Auskunft der Gemeinde (16.09.2019) sind mehrere leistungsfähige sowie ein weniger leistungsfähiger Hydrant in zumutbarer Entfernung vorhanden. Innerhalb dieser Entfernung befindet sich auch ein Teich, der zur Löschwasserversorgung verwendet werden kann. Somit ist die Löschwasserversorgung gesichert.

5 Eingriffsregelung, Artenschutz

Die Überplanung des bisherigen Außenbereichs zum Zweck der Bebauung stellt einen Eingriff in Natur und Landschaft dar. Gemäß § 34 Abs. 5 BauGB sind für Ergänzungsflächen die Regelung des § 1a Abs. 2 und 3 BauGB und die Vorschriften des § 9 Abs. 1a BauGB über die Festsetzung von Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich der zu erwartenden Eingriffe in Natur und Landschaft anzuwenden.

Gemäß dem Vermeidungsgebot der Eingriffsregelung wird vorrangig eine Vermeidung oder ggf. Minderung der erheblichen Beeinträchtigungen der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes angestrebt.

Für alle unvermeidbaren erheblichen Beeinträchtigungen sind Kompensationsmaßnahmen in Form von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vorzusehen. Ausgeglichen ist eine Beeinträchtigung, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts in gleich-artiger Weise wiederhergestellt sind und das Landschaftsbild landschaftsgerecht wiederhergestellt oder neu gestaltet ist. Ersetzt ist eine Beeinträchtigung, wenn und sobald die beeinträchtigten Funktionen des Naturhaushalts in dem betroffenen Naturraum in gleichwertiger Weise hergestellt sind und das Landschaftsbild landschaftsgerecht neu gestaltet ist.

Eingriffsermittlung

Mit der Aufstellung der Satzung hat die Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach in einer Vorabwägung der baulichen Entwicklung den Vorrang gegenüber dem Erhalt des Zustands als Garten bzw. Grünland eingeräumt. Damit ist der entstehende Eingriff zu ermitteln und zu kompensieren.

Als Biotoptypen sind im Plangebiet Garten mit Nadel- und Ziergehölzen (948) und mehrfach geschnittener artenarmer Rasen zwischen den Garagen und der Hauptstraße (947) vorhanden.

Durch die Umwandlung von Garten in Bauland sind auf ca. 730 m² die Schutzgüter Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, Boden, Klima und Landschaft betroffen. Die Flächeninanspruchnahme bedingt eine Neuversiegelung und damit einhergehend den Verlust von Bodenfunktionen, die Beeinträchtigung des Wasserhaushalts und der klimatischen Ausgleichsfunktion sowie den Lebensraumverlust für Tiere und Pflanzen.

Tab. 1: Flächenwert im Bestand:

Code	Biotoptyp	Biotoptwert	Fläche in m ²	Flächenwert
948	Garten	10	560	5.600
947	Abstandfläche/Intensivgrünland	10	170	1.700
	Gesamt		730	7.300

Tab. 2: Flächenwert nach Vorhabensrealisierung:

Code	Biotoptyp	Planungswert	Fläche in m ²	Flächenwert
912	Wohngebiet, ländlich geprägt	7	730	5.110
	Gesamt		730	5.110

In der Bilanzierung ergibt sich ein Defizit von **2.190** Werteinheiten.

Kompensation

Bei Neuversiegelungen ist die Möglichkeit von Entsiegelungsmaßnahmen zur Umsetzung der Kompensationsverpflichtung stets prioritär zu prüfen. Nach Rücksprache mit der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach stehen keine Möglichkeiten der Entsiegelung zur Verfügung. Die Kompensation des verbleibenden Defizits in Höhe von insgesamt 2.190 Werteinheiten erfolgt mittels Finanzierung der Ökokontomaßnahme Erweiterung des Flächennaturdenkmales „Birkwitzer Wiese“. Der Vertrag über den Erwerb der Ökopunkte sowie der Nachweis über die Zahlung an den Verkäufer sind der unteren Naturschutzbehörde vor Satzungsbeschluss vorzulegen.

Artenschutzrechtliche Betroffenheit

Gemäß § 44 BNatSchG ist es verboten, besonders geschützte Arten oder ihre Entwicklungsformen zu verletzen oder zu töten oder ihre Fortpflanzungs- oder Ruhestätten zu zerstören sowie streng geschützten Arten und europäische Vogelarten während bestimmter Zeiten erheblich zu stören.

Das Satzungsgebiet ist durch Garten mit Fichten, Kiefern und Ziergehölze sowie durch mehrfach im Jahr geschnittenes Grünland geprägt. Die Gehölze weisen keine Höhlen oder Horste auf. Aufgrund der Siedlungsnähe ist mit häufigen Brutvogelarten, die weit verbreitet sind und deren Habitatsprüche einem weiten Spektrum entsprechen, zu rechnen.

Durch die Fällung von Gehölzen können Individuen getötet oder verletzt werden und es kann zum Verlust von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten für Gehölzbrüter kommen. Unter Berücksichtigung, dass Gehölze außerhalb der Brutzeit gefällt werden, d. h. Fällen im Zeitraum 1.10. bis 28.2. (in Anlehnung an § 39 BNatSchG) ist der Verbotstatbestand "Töten oder Verletzen von Individuen oder Gelegen" ausgeschlossen.

Bezüglich des Verlustes von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten für Gehölzbrüter wird angenommen, dass die möglichen Beeinträchtigungen in kurzer Zeit wieder kompensiert werden können und keine nachteiligen Folgen für die Populationen bestehen. Dabei ist festzustellen, dass im Sinne von § 44 Abs. 5 BNatSchG die ökologische Funktion der von dem Eingriff möglicherweise betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Die Umgebung besteht aus einer Vielzahl von gehölzreichen Gärten und Baumreihen, so dass gleichwertige Strukturen im räumlichen Zusammenhang vorhanden sind.

Weitere artenschutzrechtliche Betroffenheiten sind nicht zu erwarten.

6 Hinweise

Etwa 6 m von der Flurstücksgrenze entfernt, außerhalb des Geltungsbereiches, befindet sich eine Ferngasleitung. Es sind nachfolgende Auflagen und Hinweise zu beachten. Abschnitts III der Schutzanweisung ist als Anlage 1 der Begründung beigelegt.

7 Quellen

BauGB - Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2020 (BGBl. I S. 1728) geändert worden ist

BNatSchG - Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 290 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist

Anlage 1

ONTRAS Abschnitt III der Schutzanweisung
gemäß Stellungnahme von GDMcom mbH vom 16.04.2020



III. Technologische Schutzbestimmungen

1. Allgemeines

Voraussetzung für jegliche Arbeiten im Bereich der ONTRAS-Anlagen ist neben der schriftlichen Zustimmung (Stellungnahme zur Bauausführung) eine **örtliche Einweisung** des Ausführenden. Siehe Abschnitt II/4.

Im Schutzstreifen dürfen für die Dauer des Bestehens der ONTRAS-Anlagen keine baulichen Anlagen errichtet oder sonstige Einwirkungen vorgenommen werden, die den Bestand oder Betrieb dieser Anlagen beeinträchtigen/gefährden können.

Die Schutzstreifen sind jederzeit begehbar, befahrbar und sichtbar zu halten; die ONTRAS-Anlagen müssen auch während der Bauphase ungehindert erreichbar sein. Die Schutzstreifen dürfen weder überbaut noch eingefriedet werden. Eine Nutzung als Stell- und Lagerfläche (z. B. für Baustelleneinrichtung, Gerätschaften, Material, Aushub, usw.) ist ebenfalls ausgeschlossen.

Niveauänderungen und Flächenbefestigungen im Schutzstreifen der ONTRAS-Anlagen sind grundsätzlich nicht zulässig.

Im Schutzstreifen unter Druck stehender **Ferngasleitungen** dürfen keine Arbeiten wie Tiefbau, Bohren, Fräsen oder Rammen durchgeführt werden, außer wenn die Leitung im Arbeitsbereich **sichtbar freigelegt** wurde. Bei Parallellage ist eine sichtbare Freilegung der Leitung im Abstand von maximal 20 m ausreichend.

Die Anlagen von ONTRAS dürfen nur in **Handschachtung** freigelegt werden.

Maschinenschachtung an aktiven ONTRAS-Anlagen (in und außer Betrieb) ist ausschließlich nach Feststellung der örtlichen Lage/Legetiefe mittels Handschachtung zulässig. Dabei ist der Einsatz von Baumaschinen, etwa zum Freilegen dieser Anlagen, nur bis zu einer Annäherung von 0,5 m zulässig. Bei einer Annäherung von $\leq 0,5$ m sind die Arbeiten ausschließlich in Handschachtung auszuführen.

Baumaschinen dürfen nur so eingesetzt werden, dass eine Gefährdung der Anlagen ausgeschlossen ist. Maschinenführer und Aufsichtspersonen müssen eine Ausbildung nach DVGW-Regelwerk GW 129 oder gleichwertig nachweisen können. Maschinenführer im Sinne der DGUV Regel 100-500 sind für Schachtarbeiten nur einzusetzen, wenn sie eine Ausbildung an einer zugelassenen Baggerschadendemonstrationsanlage haben.

Die ONTRAS-Anlagen sind so zu sichern, dass eine Lageänderung von Rohren und Nebenanlagen verhindert und die Isolierung vor mechanischer Beschädigung geschützt wird. Leitungen, Kabelschutzrohranlagen und Kabel sind gegen Durchhang zu sichern. ONTRAS-Armaturen, die bis an bzw. über die Erdoberfläche reichen, sind zu schützen und durch Absperrungen zu sichern.

Ist ein Verbau von Baugruben/Gräben erforderlich, dürfen ONTRAS-Leitungen nicht als Widerlager benutzt werden.

Die Entfernung oder Freilegung von Fundamenten der ONTRAS-Anlagen ist nicht zulässig.

Bei der Verfüllung von Baugruben/Gräben sind die ONTRAS-Anlagen mindestens 0,20 m mit steinfreiem neutralen Boden (Körnung nach DIN 18196) zu umhüllen. Zur weiteren Verfüllung dürfen keine Steine, kein schwer entfernbares Material und kein Bauschutt verwendet werden. Die Verdichtung hat lagenweise zu erfolgen.

In Abhängigkeit von der Leitungsüberdeckung können Vibrationsplatten zur Bodenverdichtung eingesetzt werden, deren Erregerkraft pro Aufstandsfläche (N/cm^2) folgende Werte nicht überschreiten darf:

ab 0,30 m Leitungsüberdeckung $8,5 \text{ N}/\text{cm}^2$

ab 0,60 m Leitungsüberdeckung $13,5 \text{ N}/\text{cm}^2$

Bei Einhaltung dieser Vorgaben sind Schwingungsmessungen gemäß Abschnitt III/5 nicht erforderlich.

Hinweisobjekte (Markierungen, Schilderpfähle, Messsäulen, Festpunktzeichen etc.) dürfen ohne Zustimmung nicht entfernt oder versetzt werden. ONTRAS behält sich vor, nach Abschluss der Arbeiten das Wiedereinsetzen der Hinweisobjekte und das Einmessen zu Lasten des Bauausführenden vorzunehmen. Für die in der Örtlichkeit durch die vorgenannten Einrichtungen gekennzeichneten Punkte hat der Bauausführende die Verantwortung zu übernehmen und diese auf seine Kosten zu sichern.

Unterirdisch zu errichtende Kanäle und zugehörige Schächte sind in Sonderfällen (z. B. im Bereich von Flüssiggasanlagen) gasdicht auszuführen.

2. Bauzeitliche und dauerhafte Überfahrungen

Bauzeitliche und dauerhafte Überfahrungen von ONTRAS-Anlagen sind grundsätzlich so vorzusehen, dass:

- eine nahezu rechtwinklige Kreuzung entsteht (mindestens 75°).
- ausschließlich linear verlaufende Leitungsabschnitte betroffen sind.
- Mantel-/Schutzrohren nicht überbaut werden.
- im Endzustand eine Mindestüberdeckung von 1,0 m eingehalten wird.

Das Befahren von Schutzstreifen mit schweren Bau-/Transport- und Kettenfahrzeugen ist nur nach erfolgter Zustimmung/Einweisung und unter Einhaltung besonderer Sicherheitsvorkehrungen gestattet.

Bauzeitliche Anlagenüberfahrungen in unzureichend befestigten Bereichen mit schweren Fahrzeugen sind ohne zusätzliche Schutzmaßnahmen (z. B. Aufschotterung, Auslegen lastverteilender Stahl-/Betonplatten) unzulässig. ONTRAS behält sich darüber hinaus die Durchführung von Diagnose-/Sicherungsmaßnahmen vor.

Die Verkehrsführung entlang von ONTRAS-Anlagen hat außerhalb der Schutzstreifen zu erfolgen; Anlagenüberfahrungen in Längsrichtung sind grundsätzlich zu vermeiden. Wende-/Rangierbereiche und Ausweichbuchten sind außerhalb der Schutzstreifen anzuordnen.

3. Kreuzungen beim Leitungs-/Kabeltiefbau

Kreuzungen von ONTRAS-Anlagen mit geplanten Leitungen/Kabeln sind grundsätzlich rechtwinklig und als Unterkreuzung auszuführen. Dabei sind Knickpunkte außerhalb der Schutzstreifen anzuordnen.

Bei Kreuzungen in offener Bauweise gilt:

- Einzuhalten ist ein lichter vertikaler Mindestabstand von 0,50 m. Bei der Kreuzung von Ferngasleitungen mit E-Kabeln der Spannung ≥ 110 kV gilt ein Mindestabstand von 1,00 m; zudem sind hier isolierende Zwischenlagen erforderlich.
- E-Kabel > 1 kV im Kreuzungsbereich von Ferngasleitungen sind zusätzlich in einem Schutzrohr (z. B. PE-HD, Stahl) zu verlegen. Die Schutzrohrlänge muss jeweils der Breite des Schutzstreifens entsprechen, mindestens aber 6 m betragen.
- Ist eine Unterkreuzung aufgrund einer zu großen Legetiefe nicht zumutbar, besteht – nach schriftlicher Genehmigung durch ONTRAS – die Möglichkeit einer Überkreuzung.
- Bei der Überkreuzung von Ferngasleitungen sind alle geplanten Kabel im Kreuzungs-

bereich zusätzlich in einem Schutzrohr zu verlegen (Länge = Schutzstreifenbreite, mindestens aber 6 m); im Bereich vorhandener Mantelrohre ist kein Schutzrohr erforderlich.

Bei Kreuzungen in geschlossener Bauweise gilt:

- Einzuhalten ist ein lichter vertikaler Mindestabstand von 2,00 m, sofern nicht die anstehenden Baugrundverhältnisse und projektspezifischen Randbedingungen einen größeren Mindestabstand erfordern.
- Es sind nur steuerbare Verfahren anzuwenden.
- Bei Spülbohrungen ist das ONTRAS-Merkblatt „Vorgaben zur Anwendung von gesteuerten horizontalen Spülbohrungen (HDD)“ zu beachten.
- Zur Feststellung der genauen Tiefenlage sind die zu kreuzenden Anlagen vor Beginn der Arbeiten unter Aufsicht von ONTRAS bzw. des zuständigen Dienstleisters freizulegen.
- ONTRAS ist das Bohrprotokoll unverzüglich zu übergeben.

Im Kreuzungsbereich mit erdfühligen, durchgängig elektrisch leitenden Materialien sind Ferngasleitungen über eine Länge von mindestens 3 m rechts und links der gekreuzten Rohraußenkanten mit einer **zusätzlichen Isolierung** (doppelte Umhüllung) gemäß ONTRAS-Vorgabe zu Lasten des Verursachers zu versehen.

Bei Verlegearbeiten mit **Kabelpflug oder Grabenfräse** sind im Kreuzungsbereich von ONTRAS-Anlagen deutlich sichtbare Markierungen anzubringen, damit die maschinelle Verlegung 3 m vor der Kreuzungsstelle endet und 3 m nach der Kreuzungsstelle wieder begonnen werden kann.

Horizontal- und Vertikalanodenanlagen dürfen nicht mit Fremdanlagen gekreuzt bzw. durchquert werden.

4. Parallelführungen beim Leitungs-/Kabeltiefbau

In Parallellage geplante Leitungen/Kabel sind grundsätzlich außerhalb von ONTRAS-Schutzstreifen zu verlegen. Eine Überschneidung mit dem neu hinzukommenden Schutzstreifen ist zu vermeiden.

Soweit erforderlich, sind bei Parallelführungen im Bereich öffentlicher Verkehrswege und -flächen (in Abhängigkeit von der Nennweite der Ferngasleitung) folgende lichte Mindestabstände zulässig:

\leq DN 600 = 1,00 m

$>$ DN 600 = 1,50 m

5. Erschütterungen

Mit Erschütterungen einhergehende Arbeiten dürfen keine unzulässigen Schwingungen an den Gasanlagen von ONTRAS verursachen. Im Zustimmungsverfahren besteht hierzu besonderer Abstimmungsbedarf; auf Anforderung sind detaillierte Angaben zur geplanten Technologie und zum Technikeinsatz nachzureichen. Die Auflagen zur Bauausführung können Schwingungsmessungen und/oder andere Sicherungsmaßnahmen beinhalten.

Baubegleitende Schwingungsmessungen kommen bei maschinellen **Ramm-, Meißel- und Bodenverdichtungsarbeiten** in einem Abstand von ≤ 30 m zu den Gasanlagen von ONTRAS in Betracht. Die daraus resultierenden Forderungen sind einzuhalten.

Rammarbeiten über bestehenden ONTRAS-Anlagen sind ausnahmslos untersagt!

Verdichtungsarbeiten entsprechend Abschnitt III/1 (Seite 13, Mitte) dieser Broschüre erfordern keine Schwingungsmessungen.

Befinden sich Gasanlagen von ONTRAS innerhalb des **Sprengbereiches** nach der Technischen Regel „SprengTR310“, ist ONTRAS im Zustimmungsverfahren die geplante Technologie zur gutachterlichen Prüfung (i. d. R. Prognoseberechnungen der zu erwartenden Erschütterungseinträge) vorzulegen. Im Ergebnis dieser Prüfung werden die notwendigen Sicherungs- und Überwachungsmaßnahmen festgelegt.

Alle mit der Vorbereitung/Umsetzung von **Sicherungs- und Überwachungsmaßnahmen** in Zusammenhang stehenden Aufwendungen sind ONTRAS zu erstatten. Dies betrifft insbesondere anfallende Kosten für den Gutachtereinsatz, die Messstelleneinrichtung einschließlich Tiefbau, die Messdurchführung und -auswertung sowie die Baustellenaufsicht.

6. Pflanzungen

Bei Pflanzungen sind grundsätzlich folgende lichte Mindestabstände einzuhalten:

- flachwurzelnde Sträucher und Hecken außerhalb des Schutzstreifens, jedoch nicht näher als 2,5 m zur Ferngasleitung
- kleinkronige Bäume und tiefwurzelnde Hecken außerhalb des Schutzstreifens, jedoch nicht näher als 5 m zur Ferngasleitung
- großkronige Bäume, nicht näher als 10 m zur Ferngasleitung
- Für stillgelegte Ferngasleitungen gilt bei jeglicher Bepflanzung ein lichter Mindestabstand von 1,5 m zur Ferngasleitung.

Zu Kabelschutzrohranlagen und Kabeln ist bei Pflanzungen ein lichter Mindestabstand von 2,5 m einzuhalten.

Bei Horizontal- und Vertikalanodenanlagen ist der entsprechende Schutzstreifen zu beachten.

Bei landwirtschaftlichen Sonderkulturen (z. B. Hopfen, Spargel, Weihnachtsbäume, Kurzumtriebshölzer, usw.) werden im Zustimmungsverfahren fallbezogene Mindestabstände und ergänzende Auflagen festgelegt.

Mit den Pflanzarbeiten darf erst nach Kennzeichnung der Schutzstreifen bzw. der Mindestabstände im Zuge der obligatorischen örtlichen Einweisung begonnen werden.

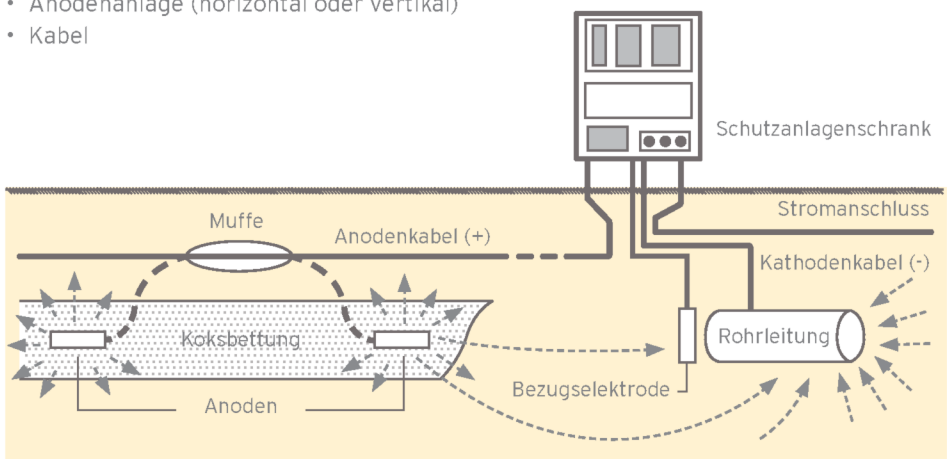
7. Elektrische Beeinflussung

Die Anlagen von ONTRAS werden durch Beschichtungen und Umhüllungen sowie zusätzlich durch kathodischen Korrosionsschutz vor Korrosion geschützt.

Der kathodische Korrosionsschutz ist ein elektrochemisches Verfahren, bei dem über einen Elektrolyten (z. B. Erdboden) ein elektrischer Gleichstrom zwischen einer Anodenanlage und einer zu schützenden Metallstruktur (z. B. Leitungen) fließt. Durch diesen Schutzstrom erfolgt an der Metalloberfläche im Elektrolyten eine kathodische Polarisierung. Dadurch wird verhindert, dass Metallionen aus der Metalloberfläche gelöst werden.

Korrosionsschutzanlagen bestehen aus:

- Gleichrichter
- Anodenanlage (horizontal oder vertikal)
- Kabel



Generell sind Maßnahmen unter Einhaltung der anerkannten Regeln der Technik so auszuführen, dass eine Beeinflussung ausgeschlossen ist. Andernfalls muss eine Veränderung der Korrosionsschutzanlage oder des Schutzobjektes von ONTRAS erfolgen. Die hierfür erforderlichen Kosten sind durch den Bauherrn zu tragen.

Bei einer neu hinzukommenden Anlage im Kreuzungs-/Nahbereich von ONTRAS-Anlagen muss in Abstimmung mit ONTRAS die Errichtung einer Potentialmessstelle (ONTRAS- und Fremdleitung messbar aufgelegt) zur Überwachung der Beeinflussung geprüft werden.

Es ist eine Nachumhüllung gemäß Abschnitt III/3 (Seite 15, Mitte) im Kreuzungs-/Nahbereich vorzunehmen.

Es wird darauf hingewiesen, dass im Nahbereich von ONTRAS-Anlagen (z. B. Rohrleitungen, Anodenanlagen) Beeinflussungen durch Streuströme von Gleichstromanlagen an erdfühligem metallischen längsleitfähigen Objekten (z. B. Rohrleitungen, Leitplanken usw.) auftreten können. Zur Vermeidung dieser Beeinflussungen können zusätzliche Maßnahmen notwendig sein. Die Modalitäten und technischen Sachverhalte zu eventuell notwendigen Maßnahmen, messtechnischen Untersuchungen usw. sind mit ONTRAS abzustimmen.

Zur **Vermeidung von Hochspannungsbeeinflussungen** von ONTRAS-Anlagen sind Maßnahmen gemäß den gültigen Normen und Technischen Empfehlungen, z. B. DVGW-Arbeitsblatt GW 22 (textgleich mit der AfK-Empfehlung Nr. 3 und der TE 7 der SfB), DVGW-Arbeitsblatt GW 28 (textgleich mit der AfK-Empfehlung Nr. 11), durch den Bauherrn vorzusehen.

Sind laut den Kriterien der anzuwendenden Regelwerke Beeinflussungen zu erwarten, ist ein Gutachten zur Beurteilung der Hochspannungsbeeinflussung zu erstellen.

- Das Gutachten ist ONTRAS umgehend und rechtzeitig vor Baubeginn zur Prüfung und Beurteilung der Beeinflussung zu übergeben.
- Evtl. bereits vorhandene Beeinflussungen sind in dem Gutachten zu berücksichtigen.
- Evtl. notwendige Schutzmaßnahmen an den Anlagen sind zu benennen. Diese werden nach Auftragserteilung durch den Bauherrn von ONTRAS zu dessen Lasten in eigener Regie durchgeführt.
- Nach Inbetriebnahme des Vorhabens können weitere Maßnahmen zur Vermeidung der Gefahr von Wechselstromkorrosion notwendig werden (z. B. messtechnische Untersuchungen, Einbau zusätzlicher Messtechnik, Errichtung von Erdungsanlagen mit Abgrenzeinheiten), die durch ONTRAS nach Auftragserteilung des Bauherrn durchgeführt werden.

Sind laut den Kriterien der anzuwendenden Regelwerke keine Beeinflussungen zu erwarten, kann auf ein Gutachten zur Beurteilung der Hochspannungsbeeinflussung verzichtet werden. In diesem Fall sind die entsprechenden Parameter des Vorhabens mit den zutreffenden Kriterien der Regelwerke in einer schriftlichen Stellungnahme gegenüberzustellen, zu begründen und ONTRAS umgehend und rechtzeitig vor Baubeginn zu übergeben.

Die Modalitäten und technischen Sachverhalte zum Gutachten, zu eventuell notwendigen Sicherungsmaßnahmen, messtechnischen Untersuchungen usw. stimmt der Bauherr mit ONTRAS ab.

8. Windenergieanlagen

Planung und Errichtung von Windenergieanlagen unterhalb eines Mindestabstandes von 850 m zu gastechnischen Anlagen von ONTRAS bedürfen der Zustimmung durch ONTRAS.

9. Folgemaßnahmen an ONTRAS-Anlagen

Planungen und Bauvorhaben Dritter können Diagnose-/Änderungs-/Sicherungsmaßnahmen an ONTRAS-Anlagen erforderlich machen. Diese sogenannten Folgemaßnahmen sind nur in einfachen Fällen operativ im Rahmen des Baugeschehens realisierbar. In der Regel erfordern sie sowohl zeit- als auch kostenintensive Planungs- und Bauleistungen.

Mit Blick auf mögliche Folgemaßnahmen an ONTRAS-Anlagen ist das im Abschnitt II dieser Broschüre beschriebene Zustimmungsverfahren bereits sehr frühzeitig in Gang zu setzen. Bei Erfordernis erhält der Antragsteller Informationen zur weiteren Vorgehensweise. Nach entsprechender Veranlassung kann die Planung und Realisierung von Folgemaßnahmen einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren in Anspruch nehmen.

Erfordert das verursachende Vorhaben ein Planfeststellungs-/Plangenehmigungs-/Bebauungsplanverfahren oder dergleichen, müssen die Folgemaßnahmen in die Verfahrensunterlagen (Erläuterungsbericht, Lagepläne, Bauwerksverzeichnis, Grunderwerbsunterlagen usw.) eingearbeitet und die dazu erforderlichen Anträge gleichfalls genehmigt werden. Dies setzt zwingend voraus, dass ein ONTRAS-Fachplaner diese Folgemaßnahmen geplant hat.

ONTRAS kann erst dann mit der Realisierung der Folgemaßnahmen beginnen, wenn alle erforderlichen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Genehmigungen, Gestattungen, Befreiungen, Erlaubnisse usw. sowie die Kostenübernahmevereinbarung und die Freigabe des Bauherrn vorliegen.

Maßnahmen an ONTRAS-Anlagen erfolgen in eigener Regie unter Berücksichtigung versorgungstechnischer und witterungsbedingter Einschränkungen.

Mit der geplanten Bautätigkeit im Bereich der Folgemaßnahmen darf grundsätzlich erst begonnen werden, wenn diese abgeschlossen sind.

IV. Verhaltensregeln im Schadensfall/Notrufnummer

IV

Sollten während der Arbeiten ONTRAS-Anlagen beschädigt werden, so ist unverzüglich unter der gebührenfreien Notrufnummer – 0800 4434430 – die „zentrale Meldestelle“ (ZMS) zu benachrichtigen.

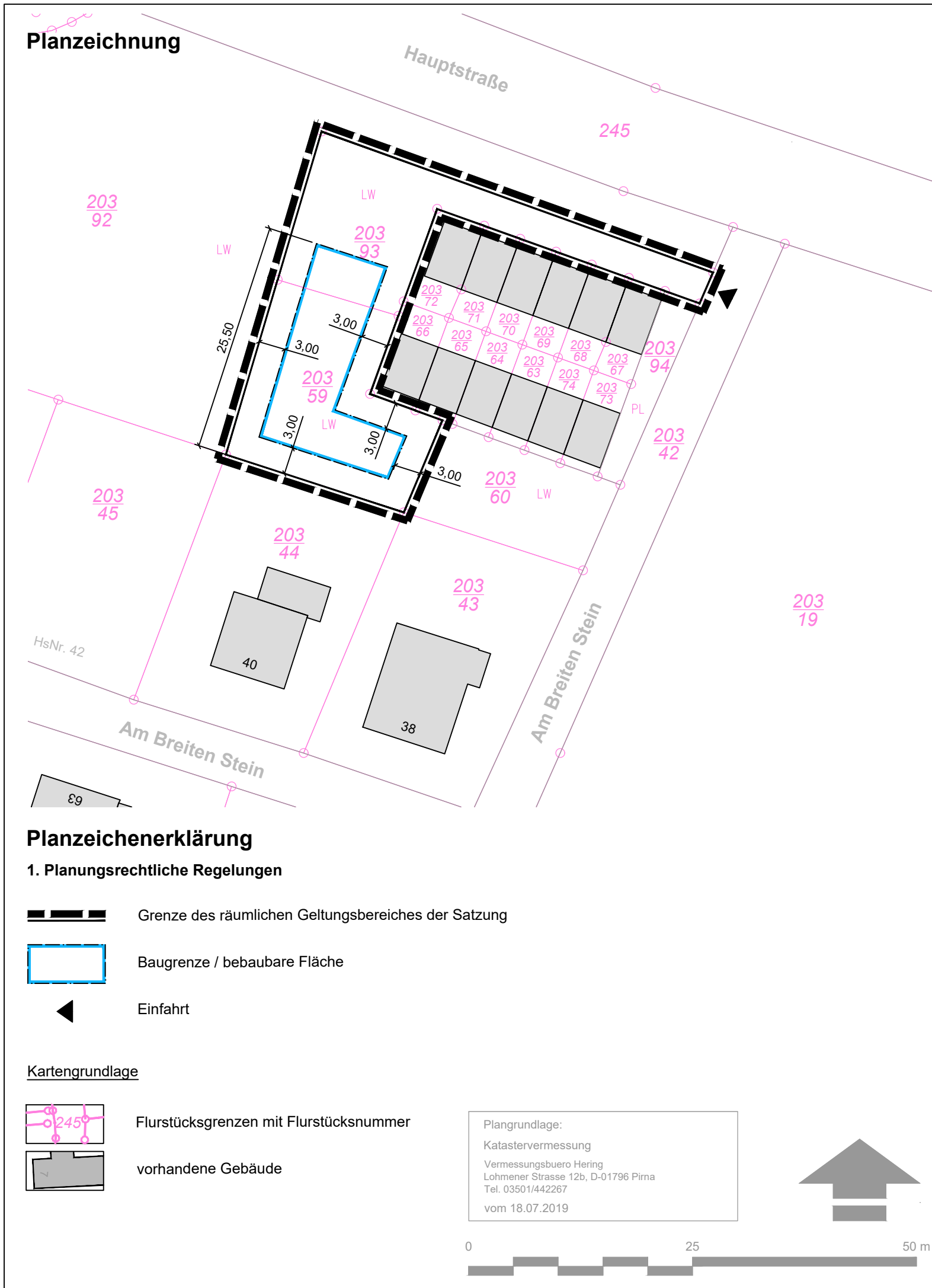
Die zentrale Meldestelle stellt eine direkte Verbindung zum diensthabenden Dispatcher von ONTRAS her bzw. leitet die Informationen umgehend weiter.

Die Schadensstelle ist bis zum Eintreffen der Mitarbeiter bzw. eines Beauftragten von ONTRAS zu beaufsichtigen und es sind sofort Vorkehrungen zur Verringerung von Gefahren zu treffen:

Bei ausströmendem Gas besteht Explosionsgefahr – daher Funkenbildung vermeiden, nicht rauchen, kein offenes Feuer anzünden. Angrenzende Gebäude auf Gaseintritt prüfen, falls Gas eingetreten ist, Türen und Fenster öffnen. Keine elektrischen Anlagen einschalten.

- Sofort alle Baumaschinen- und Fahrzeugmotoren abstellen.
- Gefahrenbereich räumen und weiträumig absichern.
- Schadensstelle absperren und Zutritt unbefugter Personen verhindern.
- Polizei und/oder Feuerwehr benachrichtigen.

Notrufnummer – 0800 4434430



SITZUNGS-BESCHLUSS zum TOP 7

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Vorberatung im Hauptausschuss am

Bürgermeister:

Gemeinderäte:
Anwesende:
Beschluss-Nr.:

- ☐ Mit Ja-Stimmen
☐ Mit Nein-Stimmen
☐ Mit Stimmenthaltungen
☐ angenommen

- ☐ vertagt
☐ abgelehnt

BESCHLUSSFASSUNG im Gemeinderat am 26.02.2021

Bürgermeister: 1
Gemeinderäte:
Anwesende:
Beschluss-Nr.: /2021

- ☐ Mit Ja-Stimmen
☐ Mit Nein-Stimmen
☐ Mit Stimmenthaltungen
☐ angenommen

- ☐ vertagt
☐ abgelehnt

Bezeichnung der Vorlage:

Errichtung eines Feuerwehrgerätehauses mit 2 Stellplätzen in Dobra, Vergabe der Planungsleistungen Phase 1 bis 3

Gesetzliche Grundlage:

SächsGemO, Hauptsatzung, Geschäftsordnung, HOAI

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt den Bürgermeister, das Planungsbüro Schubert, Rumpeltstraße 1 in 01454 Radeberg, mit der Planung zur Errichtung eines Feuerwehrgerätehauses mit zwei Stellplätzen in Dobra für die Leistungsphasen 1 bis 3 inklusive der Erstellung des Brandschutzkonzeptes für das Gebäude zu beauftragen. Die Angebotshöhe beträgt 31.435,54 Euro Netto.

Begründung:

Parallel zur bereits beauftragten Bauleitplanung als Grundlage für die Errichtung des neuen Feuerwehrgerätehauses Dobra soll die Hochbauplanung erfolgen. Für die Leistungsphasen 1 bis 3 ist es von Vorteil, wenn die Planung des Gebäudes durch dasselbe Büro wie die Bauleitplanung durchgeführt wird, um Zeit und Abstimmungen zu sparen. Die Vergütung richtet sich nach der HOAI.

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder der Gemeindevertretung: 17
Aufgrund des § 20 der SächsGemO war Gemeindevertreter/
von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Verteiler:

(Siegel)

.....
Timmermann
Bürgermeister

SITZUNGS-BESCHLUSS zum TOP 8

X öffentlich

O nichtöffentlich

Vorberatung im Hauptausschuss am 10.11.2020

Bürgermeister:
Gemeinderäte:
Anwesende:
Beschluss-Nr.:

- | | |
|---|---|
| <p><input type="radio"/> MitJa-Stimmen</p> <p><input type="radio"/> Mit Nein-Stimmen</p> <p><input type="radio"/> Mit Stimmenthaltungen</p> <p><input type="radio"/> angenommen</p> | <p><input type="radio"/> vertagt</p> <p><input type="radio"/> abgelehnt</p> |
|---|---|

BESCHLUSSFASSUNG im Gemeinderat am 26.01.2021

Bürgermeister: 1
Gemeinderäte:
Anwesende:
Beschluss-Nr.: /2021

- | | |
|--|---|
| <p><input type="radio"/> Mit Ja-Stimmen</p> <p><input type="radio"/> Mit Nein-Stimmen</p> <p><input type="radio"/> Mit Stimmenthaltungen</p> <p><input type="radio"/> angenommen</p> | <p><input type="radio"/> vertagt</p> <p><input type="radio"/> abgelehnt</p> |
|--|---|

-
- | | |
|-----------------------------|---|
| 1. Bezeichnung der Vorlage: | Weisung zur Gebührenkalkulation Abwasserbeseitigung 2021 – 2023 des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Mittlere Wesenitz“ |
| 2. Gesetzliche Grundlage: | § 28 SächsGemO i. V. m. § 52 Abs. 4 SächsKomZG;
§ 73 Abs. 2 SächsGemO, Bst. A Nr. II. 1 KomHWi i. V. m.
§ 95 a SächsGemO, § 13 VS;
§§ 9 ff. SächsKAG i. V. m. Nr. 3 AnwHinwSächsKAG 2014;
§§ 39 ff. AWS |
| 3. Beschluss: | Der Gemeinderat der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach billigt den Entwurf der Gebührenkalkulation Abwasserbeseitigung 2021 – 2023 und weist den Bürgermeister an, in der Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Mittlere Wesenitz“ der Kalkulation zuzustimmen. |
| 4. Begründung: | Nach § 73 Abs. 2 SächsGemO hat der Wasser- und Abwasserzweckverband „Mittlere Wesenitz“ die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Einnahmen soweit vertretbar und geboten aus selbst zu bestimmenden Entgelten für die von ihm erbrachten Leistungen zu beschaffen.
Gemäß § 10 Abs. 1 SächsKAG sind die Gebührensätze so zu bemessen, dass das voraussichtliche Gebührenaufkommen die im Kalkulationszeitraum voraussichtlich anfallenden Kosten deckt. Kostenunterdeckungen können, Kostenüberdeckungen müssen in den folgenden fünf Jahren ausgeglichen werden.
Nach § 52 Abs. 4 SächsKomZG können die Verbandsmitglieder ihren Vertretern im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Weisungen für die Abstimmung in der Verbandsversammlung erteilen. |

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder der Gemeindevertretung: 17
Aufgrund des § 20 der SächsGemO waren keine Gemeindevertreter/
von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Verteiler:

(Siegel)

.....
Timmermann
Bürgermeister

Gebührenkalkulation Abwasserbeseitigung
2021 bis 2023
(Vorauskalkulation)

1	2	3	4	5	6	7	8	9
Bezeichnung der Kosten- und Erlöspositionen	Einheit:	gesamt:	Schmutzwasserbeseitigung:		Niederschlagswasserableitung:		Klarwasserableitung:	
		Kalkulation 2021 - 2023	Kalkulation 2018 - 2020	Kalkulation 2021 - 2023	Kalkulation 2018 - 2020	Kalkulation 2021 - 2023	Kalkulation 2018 - 2020	Kalkulation 2021 - 2023
1. Gebührenfähiger Aufwand:								
1.1 Material- und Energie:	€	3.400,00	1.400,00	1.500,00	400,00	600,00	100,00	100,00
1.2 Bezogene Leistungen:	€	555.600,00	314.200,00	403.200,00	66.900,00	60.200,00	3.600,00	4.200,00
1.3 Personal:	€	173.200,00	61.000,00	68.200,00	18.900,00	25.300,00	3.000,00	3.800,00
1.4 Abschreibungen:	€	626.400,00	405.900,00	403.300,00	113.900,00	108.600,00	11.600,00	12.600,00
1.5 Sonstiger betrieblicher Aufwand:	€	120.000,00	69.700,00	68.500,00	17.600,00	15.600,00	3.200,00	1.300,00
1.6 Kalkulatorische Verzinsung des Anlagekapitals:	€	120.500,00	75.900,00	68.800,00	41.300,00	44.700,00	6.400,00	6.800,00
1.7 Sonstiger gebührenfähiger Aufwand:	€	200,00	100,00	100,00	100,00	0,00	0,00	0,00
1.8 Ausgleich von Kostenunterdeckungen aus Vorjahren:	€	500,00	20.400,00	0,00	0,00	500,00	0,00	0,00
1.9 Gebührenfähiger Aufwand insgesamt:	€	1.599.800,00	948.600,00	1.013.600,00	259.100,00	255.500,00	27.900,00	28.800,00
2. Gebührenfähiger Ertrag:								
2.1 Umsatzerlöse:	€	2.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.2 Übrige Erlöse:	€	84.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.3 Aktivierte Eigenleistungen:	€	1.000,00	500,00	0,00	200,00	400,00	100,00	100,00
2.4 Sonstige betriebliche Erträge:	€	175.100,00	158.000,00	115.400,00	44.100,00	57.300,00	1.700,00	1.600,00
2.5 Übrige Erträge:	€	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.6 Ausgleich von Kostenüberdeckungen aus Vorjahren:	€	36.700,00	0,00	12.300,00	0,00	0,00	800,00	6.600,00
2.7 Umlage der Verbandsmitglieder:	€	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.8 Gebührenfähige Erträge insgesamt:	€	299.300,00	158.500,00	127.700,00	44.300,00	57.700,00	2.600,00	8.300,00
3. Gebührenbedarf (Gebühreobergrenze):	€	1.300.500,00	790.100,00	885.900,00	214.800,00	197.800,00	25.300,00	20.500,00

Gebührenkalkulation Abwasserbeseitigung
2021 bis 2023
(Vorauskalkulation)

1	2	3	4	5	6	7	8	9
Bezeichnung der Kosten- und Erlöspositionen	Einheit:	gesamt:	Schmutzwasserbeseitigung:		Niederschlagswasserableitung:		Klarwasserableitung:	
		Kalkulation 2021 - 2023	Kalkulation 2018 - 2020	Kalkulation 2021 - 2023	Kalkulation 2018 - 2020	Kalkulation 2021 - 2023	Kalkulation 2018 - 2020	Kalkulation 2021 - 2023
4. Kalkulation der Grundgebühr								
4.1 Fixer Aufwand insgesamt:	€		645.300,00	682.000,00	147.900,00	178.600,00	21.700,00	27.100,00
Anteil an der gebührenfähigen Kostenmasse insgesamt:	%		81,67	76,98	68,85	90,29	85,77	132,20
4.2 Grundgebührenfähige Kostenmasse (Rechtspr. 50 v. H.)	€		395.050,00	442.950,00	107.400,00	98.900,00	12.650,00	10.250,00
4.3 Anzahl der Grundgebühreneinheiten:								
Schmutzwasserbeseitigung (effektive Zähleranzahl):								
QN 2,5 m³/h	Stk.		1.450	1.552				
QN 6,0 m³/h	Stk.		27	26				
QN 10,0 m³/h	Stk.		9	9				
QN 15,0 m³/h	Stk.		2	2				
QN 25,0 m³/h	Stk.		0	0				
QN 40,0 m³/h	Stk.		1	1				
Dezentrale Abwasseranlagen:	Stk.							
4.4 Grundgebührensätze:								
Schmutzwasserbeseitigung:								
QN 2,5 m³/h	€/Stk.*Mon.		7,61	11,34				
QN 6,0 m³/h	€/Stk.*Mon.		18,29	27,25				
QN 10,0 m³/h	€/Stk.*Mon.		30,48	45,42				
QN 15,0 m³/h	€/Stk.*Mon.		106,68	158,95				
QN 25,0 m³/h	€/Stk.*Mon.		152,40	227,08				
QN 40,0 m³/h	€/Stk.*Mon.		228,60	340,61				
Dezentrale Abwasseranlagen:	€/Stk.*Mon.							
4.5 Grundgebühreneinnahmen:								
Schmutzwasserbeseitigung:								
QN 2,5 m³/h	€/a		132.414,00	211.175,67				
QN 6,0 m³/h	€/a		5.925,96	8.502,66				
QN 10,0 m³/h	€/a		3.291,84	4.904,84				
QN 15,0 m³/h	€/a		2.560,32	3.814,88				
QN 25,0 m³/h	€/a		0,00	0,00				
QN 40,0 m³/h	€/a		2.743,20	4.087,37				
Summe (gerundet):	€/a		146.900,00	232.485,42				
Dezentrale Abwasseranlagen:	€/a							

Gebührenkalkulation Abwasserbeseitigung
2021 bis 2023
(Vorausskalkulation)

1	2	3	4	5	6	7	8	9
Bezeichnung der Kosten- und Erlöspositionen	Einheit:	gesamt:	Schmutzwasserbeseitigung:		Niederschlagswasserableitung:		Klarwasserableitung:	
		Kalkulation 2021 - 2023	Kalkulation 2018 - 2020	Kalkulation 2021 - 2023	Kalkulation 2018 - 2020	Kalkulation 2021 - 2023	Kalkulation 2018 - 2020	Kalkulation 2021 - 2023
4.6 Grundgebühreneinnahmen insgesamt (auf volle Hundert gerundet):	€/a		146.900,00	232.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Anteil an der grundgebührenfähigen Kostenmasse:	%		37,19	52,49				
4.7 nicht über Grundgebühren finanzierter fixer Aufwand:	€		498.400,00	449.500,00	147.900,00	178.600,00	21.700,00	27.100,00
5. Kalkulation der Verbrauchsgebühr:								
5.1 Gebührenfähiger variabler Aufwand:	€		144.800,00	203.900,00	66.900,00	19.200,00	3.600,00	-6.600,00
Anteil an der gebührenfähigen Kostenmasse insgesamt:	%		18,33	23,02	31,15	9,71	14,23	-32,20
5.2 Verbrauchsgebührenfähige Kostenmasse:	€		643.200,00	653.400,00	214.800,00	197.800,00	25.300,00	20.500,00
5.3 Verbrauchsmenge:	m³; m²		192.000,00	195.000,00	188.000,00	188.000,00	19.000,00	21.300,00
5.4 Verbrauchsgebührensätze	€/m³; €/m²		3,35	3,35	1,05	1,05	1,33	0,96
5.5 Verbrauchsgebührenaufkommen	€/a		643.200,00	653.250,00	197.400,00	197.400,00	25.300,00	20.448,00
Anteil an der verbrauchsgebührenfähigen Kostenmasse:	%		100,00	99,98	91,90	99,80	100,00	99,75
Anteil an der gebührenfähigen Kostenmasse insgesamt:	%		81,41	73,74	91,90	99,80	100,00	99,75
5.6 Kalkulatorisches Ergebnis insgesamt, (-)Unterdeckung / (+)Überdeckung:	€		+0,00	-150,00	-17.400,00	-400,00	+0,00	-52,00
Gesamtkostendeckungsgrad insgesamt:	%		100,00	99,98	91,90	99,80	100,00	99,75
Kostendeckender Verbrauchsgebührensatz <u>mit</u> Grundgebühr:	€/m³; €/m²		3,35	3,35				
Kostendeckender Verbrauchsgebührensatz <u>ohne</u> Grundgebühr:	€/m³; €/m²		4,12	4,54	1,14	1,05	1,33	0,96

Gebührenkalkulation Abwasserbeseitigung
2021 bis 2023
(Vorauskalkulation)

1	2	3	10	11	12	13	14	15
Bezeichnung der Kosten- und Erlöspositionen	Einheit:	gesamt:	Fäkalschlammabeseitigung:		Grubenabwasserabeseitigung:		Straßenentwässerung:	
		Kalkulation 2021 - 2023	Kalkulation 2018 - 2020	Kalkulation 2021 - 2023	Kalkulation 2018 - 2020	Kalkulation 2021 - 2023	Kalkulation 2018 - 2020	Kalkulation 2021 - 2023
1. Gebührenfähiger Aufwand:								
1.1 Material- und Energie:	€	3.400,00	800,00	300,00	100,00	0,00	500,00	900,00
1.2 Bezogene Leistungen:	€	555.600,00	31.300,00	29.400,00	37.300,00	15.000,00	39.500,00	43.600,00
1.3 Personal:	€	173.200,00	29.300,00	43.200,00	4.400,00	6.200,00	23.800,00	26.500,00
1.4 Abschreibungen:	€	626.400,00	2.300,00	800,00	300,00	100,00	94.100,00	101.000,00
1.5 Sonstiger betrieblicher Aufwand:	€	120.000,00	6.300,00	14.400,00	900,00	1.900,00	14.400,00	18.300,00
1.6 Kalkulatorische Verzinsung des Anlagekapitals:	€	120.500,00	100,00	0,00	0,00	0,00	100,00	200,00
1.7 Sonstiger gebührenfähiger Aufwand:	€	200,00	100,00	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.8 Ausgleich von Kostenunterdeckungen aus Vorjahren:	€	500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
1.9 Gebührenfähiger Aufwand insgesamt:	€	1.599.800,00	70.200,00	88.200,00	43.000,00	23.200,00	172.400,00	190.500,00
2. Gebührenfähiger Ertrag:								
2.1 Umsatzerlöse:	€	2.500,00	800,00	2.100,00	600,00	400,00	0,00	0,00
2.2 Übrige Erlöse:	€	84.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	77.100,00	84.000,00
2.3 Aktivierte Eigenleistungen:	€	1.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	200,00	500,00
2.4 Sonstige betriebliche Erträge:	€	175.100,00	500,00	200,00	100,00	0,00	100,00	600,00
2.5 Übrige Erträge:	€	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.6 Ausgleich von Kostenüberdeckungen aus Vorjahren:	€	36.700,00	0,00	16.400,00	0,00	1.400,00	0,00	0,00
2.7 Umlage der Verbandsmitglieder:	€	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.8 Gebührenfähige Erträge insgesamt:	€	299.300,00	1.300,00	18.700,00	700,00	1.800,00	77.400,00	85.100,00
3. Gebührenbedarf (Gebührenobergrenze):	€	1.300.500,00	68.900,00	69.500,00	42.300,00	21.400,00	95.000,00	105.400,00

Gebührenkalkulation Abwasserbeseitigung
2021 bis 2023
(Vorauskalkulation)

1	2	3	10	11	12	13	14	15
Bezeichnung der Kosten- und Erlöspositionen	Einheit:	gesamt:	Fäkalschlammabeseitigung:		Grubenabwasserbeseitigung:		Straßenentwässerung:	
		Kalkulation 2021 - 2023	Kalkulation 2018 - 2020	Kalkulation 2021 - 2023	Kalkulation 2018 - 2020	Kalkulation 2021 - 2023	Kalkulation 2018 - 2020	Kalkulation 2021 - 2023
4. Kalkulation der Grundgebühr								
4.1 Fixer Aufwand insgesamt:	€		37.600,00	85.900,00	5.000,00	22.800,00		
Anteil an der gebührenfähigen Kostenmasse insgesamt:	%		54,57	123,60	11,82	106,54		
4.2 Grundgebührenfähige Kostenmasse (Rechtspr. 50 v. H.)	€		34.450,00	34.750,00	21.150,00	10.700,00		
4.3 Anzahl der Grundgebühreneinheiten:								
Schmutzwasserbeseitigung (effektive Zähleranzahl):								
QN 2,5 m³/h	Stk.							
QN 6,0 m³/h	Stk.							
QN 10,0 m³/h	Stk.							
QN 15,0 m³/h	Stk.							
QN 25,0 m³/h	Stk.							
QN 40,0 m³/h	Stk.							
Dezentrale Abwasseranlagen:	Stk.		1.210,00	1.190,00	180,00	170,00		
4.4 Grundgebührensätze:								
Schmutzwasserbeseitigung:								
QN 2,5 m³/h	€/Stk.*Mon.							
QN 6,0 m³/h	€/Stk.*Mon.							
QN 10,0 m³/h	€/Stk.*Mon.							
QN 15,0 m³/h	€/Stk.*Mon.							
QN 25,0 m³/h	€/Stk.*Mon.							
QN 40,0 m³/h	€/Stk.*Mon.							
Dezentrale Abwasseranlagen:	€/Stk.*Mon.		2,50	2,50	2,50	2,50		
4.5 Grundgebühreneinnahmen:								
Schmutzwasserbeseitigung:								
QN 2,5 m³/h	€/a							
QN 6,0 m³/h	€/a							
QN 10,0 m³/h	€/a							
QN 15,0 m³/h	€/a							
QN 25,0 m³/h	€/a							
QN 40,0 m³/h	€/a							
Summe (gerundet):	€/a							
Dezentrale Abwasseranlagen:	€/a		36.300,00	35.700,00	5.400,00	5.100,00		

Gebührenkalkulation Abwasserbeseitigung
2021 bis 2023
(Vorauskalkulation)

1	2	3	10	11	12	13	14	15
Bezeichnung der Kosten- und Erlöspositionen	Einheit:	gesamt:	Fäkalschlammabeseitigung:		Grubenabwasserbeseitigung:		Straßenentwässerung:	
		Kalkulation 2021 - 2023	Kalkulation 2018 - 2020	Kalkulation 2021 - 2023	Kalkulation 2018 - 2020	Kalkulation 2021 - 2023	Kalkulation 2018 - 2020	Kalkulation 2021 - 2023
4.6 Grundgebühreneinnahmen insgesamt (auf volle Hundert gerundet):	€/a		36.300,00	35.700,00	5.400,00	5.100,00		
Anteil an der grundgebührenfähigen Kostenmasse:	%		105,37	102,73	25,53	47,66		
4.7 nicht über Grundgebühren finanzierter fixer Aufwand:	€		1.300,00	50.200,00	-400,00	17.700,00		
5. Kalkulation der Verbrauchsgebühr:								
5.1 Gebührenfähiger variabler Aufwand:	€		31.300,00	-16.400,00	37.300,00	-1.400,00		
Anteil an der gebührenfähigen Kostenmasse insgesamt:	%		45,43	-23,60	88,18	-6,54		
5.2 Verbrauchsgebührenfähige Kostenmasse:	€		32.600,00	33.800,00	36.900,00	16.300,00		
5.3 Verbrauchsmenge:	m³; m²		1.000,00	950,00	1.500,00	600,00		
5.4 Verbrauchsgebührensätze	€/m³; €/m²		32,60	35,57	24,60	27,16		
5.5 Verbrauchsgebührenaufkommen	€/a		32.600,00	33.791,50	36.900,00	16.296,00		
Anteil an der verbrauchsgebührenfähigen Kostenmasse:	%		100,00	99,97	100,00	99,98		
Anteil an der gebührenfähigen Kostenmasse insgesamt:	%		47,31	48,62	87,23	76,15		
5.6 Kalkulatorisches Ergebnis insgesamt, (-)Unterdeckung / (+)Überdeckung:	€		+0,00	-8,50	+0,00	-4,00		
Gesamtkostendeckungsgrad insgesamt:	%		100,00	99,99	100,00	99,98		
Kostendeckender Verbrauchsgebührensatz <u>mit</u> Grundgebühr:	€/m³; €/m²		32,60	35,58	24,60	27,17		
Kostendeckender Verbrauchsgebührensatz <u>ohne</u> Grundgebühr:	€/m³; €/m²		68,90	73,16	28,20	35,67		

SITZUNGS-BESCHLUSS
zum TOP 8

X öffentlich

O nichtöffentlich

Vorberatung im Hauptausschuss am 10.11.2020

Bürgermeister:
Gemeinderäte:
Anwesende:
Beschluss-Nr.:

- | | |
|---|---------------------------------|
| <input type="radio"/> MitJa-Stimmen | <input type="radio"/> vertagt |
| <input type="radio"/> Mit Nein-Stimmen | <input type="radio"/> abgelehnt |
| <input type="radio"/> Mit Stimmenthaltungen | |
| <input type="radio"/> angenommen | |

BESCHLUSSFASSUNG im Gemeinderat am 26.01.2021

Bürgermeister: 1
Gemeinderäte:
Anwesende:
Beschluss-Nr.: /2021

- | | |
|---|---------------------------------|
| <input type="radio"/> Mit Ja-Stimmen | <input type="radio"/> vertagt |
| <input type="radio"/> Mit Nein-Stimmen | <input type="radio"/> abgelehnt |
| <input type="radio"/> Mit Stimmenthaltungen | |
| <input type="radio"/> angenommen | |

-
- | | |
|-----------------------------|---|
| 1. Bezeichnung der Vorlage: | Weisung zur Gebührenkalkulation Wasserversorgung 2021 – 2023 des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Mittlere Wesenitz“ |
| 2. Gesetzliche Grundlage: | § 28 SächsGemO i. V. m. § 52 Abs. 4 SächsKomZG;
§ 73 Abs. 2 SächsGemO, Bst. A Nr. II. 1 KomHWi i. V. m.
§ 95 a SächsGemO, § 13 VS;
§§ 9 ff. SächsKAG i. V. m. Nr. 3 AnwHinwSächsKAG 2014;
§§ 42 ff. WVS |
| 3. Beschluss: | Der Gemeinderat der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach billigt den Entwurf der Gebührenkalkulation Wasserversorgung 2021 – 2023 und weist den Bürgermeister an, in der Verbandsversammlung des Wasser- und Abwasserzweckverbandes „Mittlere Wesenitz“ der Kalkulation zuzustimmen. |
| 4. Begründung: | Nach § 73 Abs. 2 SächsGemO hat der Wasser- und Abwasserzweckverband „Mittlere Wesenitz“ die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Einnahmen soweit vertretbar und geboten aus selbst zu bestimmenden Entgelten für die von ihm erbrachten Leistungen zu beschaffen.
Gemäß § 10 Abs. 1 SächsKAG sind die Gebührensätze so zu bemessen, dass das voraussichtliche Gebührenaufkommen die im Kalkulationszeitraum voraussichtlich anfallenden Kosten deckt. Kostenunterdeckungen können, Kostenüberdeckungen müssen in den folgenden fünf Jahren ausgeglichen werden.
Nach § 52 Abs. 4 SächsKomZG können die Verbandsmitglieder ihren Vertretern im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Weisungen für die Abstimmung in der Verbandsversammlung erteilen. |

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder der Gemeindevertretung: 17
Aufgrund des § 20 der SächsGemO waren keine Gemeindevertreter/
von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Verteiler:

(Siegel)

.....
Timmermann
Bürgermeister

Gebührenkalkulation Wasserversorgung
2021 bis 2023
(Voraus kalkulation)

1	2	3	4
Bezeichnung der Aufwands- und Ertragspositionen:	Einheit	Wasserversorgung	
		Kalkulation 2018 bis 2020	Kalkulation 2021 bis 2023
1. Gebührenfähiger Aufwand:			
1.1 Material- und Energie:	€	179.300,00	267.733,33
1.2 Bezogene Leistungen:	€	52.600,00	63.000,00
1.3 Personal:	€	363.400,00	416.133,33
1.4 Abschreibungen:	€	393.900,00	430.000,00
1.5 Sonstiger betrieblicher Aufwand:	€	131.700,00	147.100,00
1.6 Kalkulatorische Verzinsung des Anlagekapitals:	€	36.300,00	36.366,67
1.7 Sonstiger gebührenfähiger Aufwand	€	1.000,00	1.000,00
1.8 Ausgleich von Kostenunterdeckungen aus Vorjahren:	€	12.200,00	0,00
1.9 Gebührenfähiger Aufwand insgesamt:	€	1.170.400,00	1.361.333,33
2. Gebührenfähiger Ertrag:			
2.1 Umsatzerlöse:	€	0,00	0,00
2.2 Übrige Erlöse:	€	9.800,00	21.400,00
2.3 Aktivierte Eigenleistung:	€	10.000,00	13.000,00
2.4 Sonstige betriebliche Erträge:	€	101.200,00	104.100,00
2.5 Übrige Erträge:	€	0,00	0,00
2.6 Ausgleich von Kostenüberdeckungen aus Vorjahren:	€	0,00	13.500,00
2.7 Umlage der Verbandsmitglieder:	€	0,00	0,00
2.8 Gebührenfähige Erträge insgesamt:	€	121.000,00	152.000,00
3. Gebührenbedarf (Obergrenze für Gebühreneinnahme):	€	1.049.400,00	1.209.300,00
4. Kalkulation der Grundgebühr:			
4.1 Fixer Aufwand insgesamt:	€	758.900,00	1.130.300,00
Anteil an der gebührenfähigen Kostenmasse insgesamt:	%	72,32	93,47
4.2 Grundgebührenfähige Kostenmasse (Rechtspr. 50 v. H.)	€	524.700,00	604.700,00
4.3. Anzahl Zählwerke je Größenklasse:			
QN 2,5 m³/h	Stk.	2.890,00	2.961,00
QN 6,0 m³/h	Stk.	40,00	40,00
QN 10,0 m³/h	Stk.	10,00	10,00
QN 15,0 m³/h	Stk.	3,00	3,00
QN 25,0 m³/h	Stk.	0,00	0,00
QN 40,0 m³/h	Stk.	1,00	1,00

Gebührenkalkulation Wasserversorgung
2021 bis 2023
(Vorausskalkulation)

1	2	3	4
Bezeichnung der Aufwands- und Ertragspositionen:	Einheit	Wasserversorgung	
		Kalkulation 2018 bis 2020	Kalkulation 2021 bis 2023
4.4 Grundgebührensätze:			
QN 2,5 m³/h	€/Stk.*Mon.	9,81	13,24
QN 6,0 m³/h	€/Stk.*Mon.	23,53	31,77
QN 10,0 m³/h	€/Stk.*Mon.	39,22	52,95
QN 15,0 m³/h	€/Stk.*Mon.	137,27	185,31
QN 25,0 m³/h	€/Stk.*Mon.	196,10	264,74
QN 40,0 m³/h	€/Stk.*Mon.	294,15	397,10
4.5 Grundgebühreneinnahmen nach Zählwerken:			
QN 2,5 m³/h	€/a	340.037,40	470.443,68
QN 6,0 m³/h	€/a	11.295,36	15.249,60
QN 10,0 m³/h	€/a	4.706,40	6.354,00
QN 15,0 m³/h	€/a	4.941,72	6.671,16
QN 25,0 m³/h	€/a	0,00	0,00
QN 40,0 m³/h	€/a	3.529,80	4.765,20
Summe:	€/a	364.500,00	503.483,64
4.6 Grundgebühreneinnahme insgesamt (auf volle Hundert gerundet):	€/Jahr	364.500,00	503.500,00
Anteil an der grundgebührenfähigen Kostenmasse	%	69,47	83,26
Anteil an der gebührenfähigen Kostenmasse insgesamt	%	34,73	41,64
4.7 Nicht durch Grundgebühreneinnahmen finanzierter fixer Aufwand	€	394.400,00	626.800,00
5. Kalkulation der Verbrauchsgebühr:			
5.1 Gebührenfähiger variabler Aufwand:	€	290.500,00	79.000,00
Anteil an der gebührenfähigen Kostenmasse insgesamt:	%	27,68	6,53
5.2 Verbrauchsgebührenfähige Kostenmasse:	€	684.900,00	705.800,00
Anteil an der gebührenfähigen Kostenmasse insgesamt:	%	65,27	58,36
5.3 Rechnerische Verbrauchsmenge:	m³	320.000,00	330.000,00
5.4 Verbrauchsgebührensätze:	€/m³	2,13	2,13
5.5 Rechnerische Verbrauchsgebühreneinnahme:	€	681.600,00	702.900,00
Anteil an der verbrauchsgebührenfähigen Kostenmasse:	%	99,52	99,59
Anteil an der gebührenfähigen Kostenmasse insgesamt::	%	64,95	58,12
5.6 Kalkulatorisches Ergebnis insgesamt (- Unterdeckung/+ Überdeckung):	€	-3.300,00	-2.900,00
Gesamtkostendeckungsgrad:	%	+99,69	+99,76
Kostendeckender Verbrauchsgebührensatz mit Grundgebühr:	€/m³	2,14	2,14
Kostendeckender Verbrauchsgebührensatz ohne Grundgebühr:	€/m³	3,28	3,66

SITZUNGS-BESCHLUSS
zum TOP 9

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Vorberatung im Hauptausschuss am

Bürgermeister:
Gemeinderäte:
Anwesende:
Beschluss-Nr.:

- ☐ MitJa-Stimmen
☐ Mit Nein-Stimmen
☐ Mit Stimmenthaltungen
☐ angenommen

- ☐ vertagt
☐ abgelehnt

BESCHLUSSFASSUNG im Gemeinderat am 26.01.2021

Bürgermeister:
Gemeinderäte:
Anwesende:
Beschluss-Nr.: /2021

- ☐ Mit Ja-Stimmen
☐ Mit Nein-Stimmen
☐ Mit Stimmenthaltungen
☐ angenommen

- ☐ vertagt
☐ abgelehnt

Bezeichnung der Vorlage: Übertragung von Haushaltseinnahme- und Haushaltsausgaberesten in das Haushaltsjahr 2021

Gesetzliche Grundlage: Sächsische Gemeindeordnung; §21 SächsKomHVO-Doppik

Beschluss: Der Gemeinderat beschließt die Übertragung von Aufwands-, Ergebnis-, Auszahlungs- und Einzahlungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 2020 in das Haushaltsjahr 2021 gem. der beiliegenden Aufstellung.

Begründung: Die Übertragung von Haushaltsermächtigungen im Finanzhaushalt Teil B (Investitionen) resultiert aus der Nichtvollendung von Investitionen, für welche im Haushaltsjahr 2020 die Finanzierung sichergestellt war. Die Übertragung der Mittel in das Haushaltsjahr 2021 garantiert die nahtlose Fortführung bzw. den Beginn der Maßnahmen.

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder der Gemeindevertretung: 17
Aufgrund des § 20 der SächsGemO waren keine Mitglieder/
von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Verteiler: (Siegel)

.....
Timmermann
Bürgermeister

Resteübertragung aus dem Haushaltsjahr 2020 incl. Reste aus 2019 in das Jahr 2021 - Finanzhaushalt Teil B**Teil I: Übersicht der zu übertragenden Haushaltsermächtigungen für Investitionen (Einzahlungen und Auszahlungen)**

Produkt	VHK	Maßnahme	Reste			Anmerkungen	A in 2021 gezahlt auf Jahr 2020	E in 2021 erwartet/gekommen
			Einnahme	Ausgabe	Eigenanteil			
Ausstattung Verwaltung								
11.12.01.00	1	Ausstattung/Technische Ausrüstung		37.578	37.578	DMS/Server/Office/Exchange		
Gebäude/ Facility Management								
11.13.05	21	Umbau DGH Stürza zu Kita Stürza		3.652	3.652			
11.13.05.01	227	DigitalPakt Schule 1/3 - Netzwerk			0	Deckung mit 21.11.01.01-227 Aufteilung ErhHH/Invest in 2020/FöMi-Forderung gebucht		97.687
11.13.05.50	269	Stützmauer DGH/KITA Porschendorf		2.777	2.777	restliche Planungskosten/Maßnahme in 21 eingeplant		
					0			
11.13.05.81	82	Kauf Lagerplatz Dobra	0	16.415	16.415	Kaufantrag ist gestellt; max. mögliche Übertragung - Teilfläche Flst. 405/3 erworben es fehlt noch Flst. 461, gehört Freistaat		
Brandschutz								
12.60.01.00	104	Löschfahrzeug Stürza	0	291.885	291.885	Plan 2021 70.000 EUR		126.000
12.60.01.00	273	Absauganlagen Gerätehäuser		10.000	10.000	in Arbeit		
12.60.01.00	251	Hydranten/Löschwasserentnahme		4.000	4.000			
Schule								
21.11.01.01	227	DigitalPakt Schule 2/3 - Medienwagen/Steuerungssoftware			0	Deckung mit 11.13.05.01-227		
Kultur								
28.10.03.01	194	Hinweistafeln Schöne Höhe Turm	0	2.000	2.000	max. mögliche Übertragung		
Kindertagesstätten								
36.51.01.02	109	Spielgeräte KITA Wilschdorf		1.299	1.299	max. Übertragung, Innere Verrechnung fehlt noch		
36.51.01.02	195	Ausstattung KITA Wilschdorf		5.000	5.000	max. Übertragung		
36.51.01.01	196	Ausstattung KITA Stürza		3.000	3.000	max. Übertragung (Nachweis Spende 1.000 EUR)		
36.52.01	276	Zuschüsse an freie Träger		3.000	3.000	max. Übertragung/Abr. Erst 2021		
Straßen, Wege, Brücken								
54.10.04	199	Ringstraße Wünschendorf						13.111
54.10.01	163	Fußweg Lindenstraße/ Porschendorf-KS8715/SEK	116.670	0	-116.670	max. mögliche Übertragung/Reste aus 17 zzgl. 2 Beschlüsse üplA - noch kein Fördermittelbescheid vorhanden		
54.10.01	198	Deckenbau Elbersdorfer Gasse/Anteil SEK 28 TEUR RL KStB	0	0	0			18.585
54.10.01.00	183	Umsetzung nWAP Stürzaer Bach	207.485	308.401	100.916	max. Übertragung/FöMi-Bescheide als Forderung gebucht		
54.10.01.00	183/07	nWAP B12-G4 Brücke und Stützmauer An der Aue			0			14.938
54.10.01.00	183/09	nWAP B15 Bücke Hohnsteiner Staße 44/46			0			5.898

Dürrröhrsdorf-Dittersbach

54.10.01.00	183/10	nWAP B16 Brücke Hohnsteiner Straße			0			4.656
54.10.01.00	183/11	nWAP B17 Brücke Hohnsteiner Straße 60/62			0			4.861
54.10.01.00	183/12	nWAP B19 Brücke alte FFw OL Stürza			0			20.477
54.10.01.00	183/14	nWAP B29 Ersatzneubau Brücke Hohnsteiner Straße OL Stürza			0			8.087
54.10.01.00	183/27	nWAP G7 Gewässersohle Hohnsteiner Straße 32 und 60			0			8.146
54.10.01.00	183/29	nWAP B28 Ersatzneubau Brücke Hohnsteiner Straße 116			0			8.555
54.10.01.00	64	Erwerb Eichenstraße Elbersdorf	0	1.500	1.500	vollständige Übertragung		
54.10.01.00	65	Erwerb "Zum Sportplatz" Wünschendorf		5.000	5.000	Verkaufsabsicht von Eigentümern liegt vor		
Straßenbeleuchtung								
ÖPNV								
54.70.01.00	168	Bushaltestellen Gemeindegebiet über VVO	140.400	155.423	15.023	max. mögliche Übertragung		
54.70.01.00	200	Bushaltestelle Dresdner Straße Wilschdorf GM LaSuV	0	95.000	95.000	Fömi-Bescheid als Forderung gebucht 2018		85.500
54.70.01.00	178	Bushaltestelle Wünschendorf		6.000	6.000			
Spielplätze								
55.10.00.00	169	Neubau Spielplatz Markt Dittersbach	0	10.000	10.000			
55.10.00.00	123	Spielgeräte Spielplatz Wilschdorf		10.000	10.000			
Hochwasserschutz								
55.20.00.00	48	Hochwasserschutzkonzepte		11.758	11.758	max. mögliche Übertragung/Konzepte Hochwasser nWaP und Kalter Bach		
55.20.00.00	47	HW-Rückhaltung H1 - Quellgebiet Stürzaer Bach 2019	193.896	210.477	16.581	max. mögliche Übertragung Rest aus Vorjahren		44.604
55.20.00.00	173	HW-Rückhaltung H3 - Großteich Dobra 2020		53.558	53.558	max. mögliche Übertragung Rest aus Vorjahren; Förderung erst bei Realisierung 21 ff.		116.204
55.20.00	174	HW-Rückhaltung H4 - Ziegeleigraben Dürrröhrsdorf 2022		49.918	49.918	Vorfinanzierung Planung		38.830
55.20.00	183/13	nWAP Aufweitung des Gewässers an der Hohnsteiner Straße 80-86			0	5.120 EUR Forderung		5.120
55.20.00	183/26	nWAP G9/o/o/011 Hohnsteiner Straße			0			
Dorfgemeinschaftshäuser								
Märkte								
57.30.03.01	171	Dittersbacher Marktplatz (Planung Umgestaltung)	34.668	52.640	17.972	zzgl. EAT Maßnahme 169 (HER gekürzt um Grundstückskauf, da nicht förderfähig)		
			693.119	1.350.281	657.162			

Als Forderungen wurden bereits 608.148 EUR nach Erhalt der FöMi-Bescheide gebucht. Über diesen Betrag können keine Haushaltseinnahmereste mehr gebildet werden.

Teil II: Zur Information-Übersicht der zu übertragenden Haushaltsermächtigungen für Instandhaltungsmaßnahmen

		keine					Vbk. auf 2020	Forderungen
			0	0	0		-	<u>621.259</u>

Anlage zum Beschluss/2021

(Siegel)

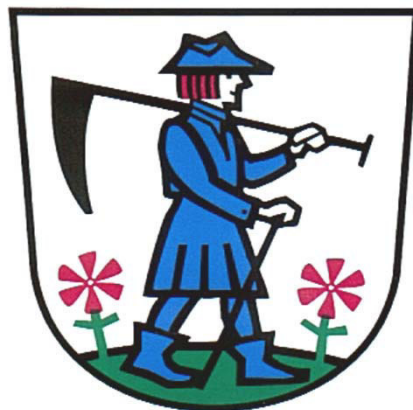
Timmermann
Bürgermeister

Als Forderungen wurden bereits 608.148 EUR nach Erhalt der FöMi-Bescheide gebucht. Über diesen Betrag können keine Haushaltseinnahmereste mehr gebildet werden.

Kassenstand 31.12.2020		877.654,67
HAR	-	1.350.281,00
HER	+	693.119,00
Verbindlichkeiten FinHH B	-	-
Forderungen FinHH B	+	621.259,00
Ford. Zuw. ErgHH 20/Zahlung 21 (Breitband, Corona, ZV Abfall)	+	22.213,04
Bereinigter Stand 31.12.2020		<u>863.964,71</u>

Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach
Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2021



Aufgrund von § 74 der Sächsischen Gemeindeordnung, in der jeweils geltenden Fassung, hat der Gemeinderat in der Sitzung am folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen enthält, wird:

im Ergebnishaushalt mit dem		
- Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf	7.178.784,00	EUR
- Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf	7.422.116,00	EUR
- Saldo aus den ordentlichen Erträgen und Aufwendungen (ordentliches Ergebnis) auf	-243.332,00	EUR
- Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge auf	31.000,00	EUR
- Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen auf	31.000,00	EUR
- Saldo aus den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen (Sonderergebnis) auf	0,00	EUR
- Gesamtergebnis auf	-243.332,00	EUR
- Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren auf	0,00	EUR
- Betrag der veranschlagten Abdeckung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses aus Vorjahren auf	0,00	EUR
- Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	243.332,00	EUR
- Betrag der Verrechnung eines Fehlbetrages im Sonderergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO auf	0,00	EUR
- veranschlagtes Gesamtergebnis auf	0,00	EUR
im Finanzhaushalt mit dem		
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	6.868.290,00	EUR
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	6.560.755,00	EUR
- Zahlungsmittelüberschuss oder -bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit als Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	307.535,00	EUR
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	1.446.031,00	EUR
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	2.168.800,00	EUR
- Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-722.769,00	EUR
- Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus dem Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag aus laufender Verwaltungstätigkeit und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	-415.234,00	EUR
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	0,00	EUR
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	117.000,00	EUR
- Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	-117.000,00	EUR
- Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr auf	-1.189.396,00	EUR

festgesetzt.

§2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 0,00 EUR

festgesetzt.

§3

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird auf

0,00 EUR

festgesetzt.

§4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, der zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden darf,

wird auf

500.000 EUR

festgesetzt.

§5

Die Hebesätze werden wie folgt festgesetzt:

für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf

300,00 v.H.

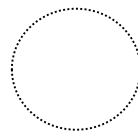
für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf

450,00 v.H.

Gewerbsteuer auf

399,00 v.H.

Gemeinde Dürrröhrsdorf-Ditt., den



.....
(Unterschrift Bürgermeister/Bürgermeisterin)

(Siegel)

**Ergebnishaushalt zu §§ 2 und 9 Abs. 1 der
Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung**
HH-Plan 1.2 - Übernahme doppischer Plan aus 2020 - Release 2
Haushaltsjahr 2021

Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis des Vorvorjahres 2019	Ansatz des Vorjahres (Ifd. HH-Jahr) 2020	Ansatz des Haushaltsjahres (Planjahr) 2021	das	das 2.	das 3.
				auf das Haushaltsjahr folgende Jahr		
				2022	2023	2024
				EUR		
	1	2	3	4	5	6
1 Steuern und ähnliche Abgaben nach Arten	3.008.872,59	3.103.300	3.125.700	3.329.700	3.448.700	3.448.700
darunter:						
Grundsteuern A und B	477.875,57	485.600	489.600	493.600	498.600	498.600
Gewerbesteuer	1.023.960,46	974.600	1.095.000	1.124.000	1.154.000	1.154.000
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	1.312.994,65	1.400.000	1.296.000	1.496.000	1.575.000	1.575.000
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	180.090,22	229.000	231.000	202.000	207.000	207.000
2 + Zuweisungen und Umlagen nach Arten sowie aufgelöste Sonderposten	2.227.556,27	8.167.284	2.946.134	2.693.934	5.074.534	6.241.534
darunter:						
allgemeine Schlüsselzuweisungen	923.195,00	1.595.600	1.230.000	1.100.800	1.381.400	1.498.400
sonstige allgemeine Zuweisungen	72.758,80	72.800	72.800	2.800	2.800	2.800
allgemeine Umlagen	0,00	0	0	0	0	0
aufgelöste Sonderposten	0,00	377.494	380.494	383.494	386.494	389.494
3 + sonstige Transfererträge	0,00	0	0	0	0	0
4 + öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	355.813,36	392.700	430.700	438.200	445.700	453.200
5 + privatrechtliche Leistungsentgelte	269.069,10	360.760	380.660	382.660	384.660	386.660
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	116.096,78	102.990	104.990	95.990	95.990	95.990
7 + Zinsen und sonstige Finanzerträge	97.775,11	83.100	54.100	54.100	68.300	68.300
8 +/- aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	22.727,84	0	0	0	0	0
9 + sonstige ordentliche Erträge	138.416,51	136.500	136.500	136.500	136.500	136.500
10 = ordentliche Erträge (Nummer 1 bis 9)	6.236.327,56	12.346.634	7.178.784	7.131.084	9.654.384	10.830.884
11 Personalaufwendungen	2.231.065,63	2.283.260	2.328.760	2.375.080	2.422.070	2.470.070
darunter: Zuführungen zu Rückstellungen für Entgeltzahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen der Altersteilzeit	0,00	0	0	0	0	0
12 + Versorgungsaufwendungen	0,00	0	0	0	0	0
13 + Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.232.544,75	1.159.965	1.233.945	976.515	919.185	909.185
14 + Abschreibungen im ordentlichen Ergebnis	14.979,95	843.567	861.361	882.537	889.767	905.267
15 + Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	20.134,81	20.000	19.000	18.000	31.000	30.000
16 + Transferaufwendungen und Abschreibungen auf Sonderposten für geleistete Investitionsförderungsmaßnahmen	2.241.405,01	2.470.900	2.618.600	2.659.600	2.705.800	2.701.600
darunter:						
Kreisumlage	1.254.047,08	1.333.000	1.392.000	1.430.000	1.470.000	1.470.000
Umlagen an Verwaltungsverbände und -gemeinschaften	0,00	0	0	0	0	0
Umlagen an Zweckverbände	0,00	0	0	0	0	0
Sozialumlage	0,00	0	0	0	0	0
Abschreibungen auf Sonderposten für geleistete Investitionsförderungsmaßnahmen	0,00	0	0	0	0	0
17 + sonstige ordentliche Aufwendungen	338.274,13	5.864.950	360.450	292.450	2.622.450	3.786.450
18 = ordentliche Aufwendungen (Nummer 11 bis 17)	6.078.404,28	12.642.642	7.422.116	7.204.182	9.590.272	10.802.572

**Ergebnishaushalt zu §§ 2 und 9 Abs. 1 der
Sächsischen Kommunalhaushaltsverordnung**
HH-Plan 1.2 - Übernahme doppischer Plan aus 2020 - Release 2
Haushaltsjahr 2021

Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis des Vorvorjahres 2019	Ansatz des Vorjahres (Ifd. HH-Jahr) 2020	Ansatz des Haushalts- jahres (Planjahr) 2021	das	das 2.	das 3.
				auf das Haushaltsjahr folgende Jahr		
				2022	2023	2024
				EUR		
	1	2	3	4	5	6
19 = ordentliches Ergebnis (Nummer 10 ./. Nummer 18)	157.923,28	-296.008	-243.332	-73.098	64.112	28.312
20 realisierbare außerordentliche Erträge	108.087,17	30.000	31.000	20.000	20.000	0
21 realisierbare außerordentliche Aufwendungen	0,00	30.000	31.000	20.000	20.000	0
22 = Sonderergebnis (Nummer 20 ./. Nummer 21)	108.087,17	0	0	0	0	0
23 = Gesamtergebnis als Überschuss oder Fehlbetrag (Nummern 19 + 22)	266.010,45	-296.008	-243.332	-73.098	64.112	28.312
24 - veranschlagte Abdeckung von Fehlbeträgen des ordentlichen Ergebnisses aus Vorjahren	0,00	0	0	0	0	0
25 - veranschlagte Abdeckung von Fehlbeträgen des Sonderergebnisses aus Vorjahren	0,00	0	0	0	0	0
26 + Verrechnung eines Fehlbetrages im ordentlichen Ergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO	0,00	296.008	243.332	73.098	0	0
27 + Verrechnung eines Fehlbetrages im Sonderergebnis mit dem Basiskapital gemäß § 72 Absatz 3 Satz 3 SächsGemO	0,00	0	0	0	0	0
28 = veranschlagtes Gesamtergebnis als Überschuss oder Fehlbetrag (Nummern 23 bis 27)	266.010,45	0	0	0	64.112	28.312
Fehlbetragsabdeckung	0,00	0	0	0	0	0
29 Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0,00	0	0	0	0	0
30 Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	0,00	0	0	0	0	0
31 Vortrag eines Fehlbetrags des ordentlichen Ergebnisses auf Folgejahre	0,00	0	0	0	0	0
32 Vortrag eines Fehlbetrags des Sonderergebnisses auf Folgejahre	0,00	0	0	0	0	0

Druckparameter: 69 = 1 Planlisten \ M05 ErgebnisHH: Mandant: 8050 Gemeinde Dürrröhrsdorf-Ditt. HH-Jahr: 2021 Variante: 1.2-Übernahme doppischer Plan aus 2020Release 2 Startseite: 1 Listen-Nr.: 1-Ergebnishaushalt Listentyp: E (zuzüglich der Einschränkungen aus der Nutzerverwaltung für 'd8050005'); Alle = an; Variante = 30209; Ausweis Nullpositionen = an; Startseite = 1; mit Planerläuterung = an; Listen-Nr. = 1; Listentyp = E; Positionsnachweis = an

**Finanzhaushalt zu §§ 3 und 9 Abs. 1 der Sächsischen
Kommunalhaushaltsverordnung**
HH-Plan 1.2 - Übernahme doppischer Plan aus 2020 - Release 2
Haushaltsjahr 2021

		Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres (lfd. HH-Jahr)	Ansatz des Haushalts- jahres (Planjahr)	das	das 2.	das 3.
		2019	2020	2021	auf das Haushaltsjahr folgende Jahr		
					2022	2023	2024
					EUR		
		1	2	3	4	5	6
1	Steuern und ähnliche Abgaben	3.013.292,56	3.103.300	3.125.700	3.329.700	3.448.700	3.448.700
	darunter:						
	Grundsteuern A und B	472.459,77	485.600	489.600	493.600	498.600	498.600
	Gewerbesteuer	1.001.781,04	974.600	1.095.000	1.124.000	1.154.000	1.154.000
	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	1.313.464,78	1.400.000	1.296.000	1.496.000	1.575.000	1.575.000
	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	211.731,53	229.000	231.000	202.000	207.000	207.000
2	+ Zuweisungen und Umlagen für laufende Verwaltungstätigkeit	2.156.496,99	7.789.790	2.565.640	2.310.440	4.688.040	5.852.040
	darunter:						
	allgemeine Schlüsselzuweisungen	923.195,00	1.595.600	1.230.000	1.100.800	1.381.400	1.498.400
	sonstige allgemeine Zuweisungen	72.758,80	72.800	72.800	2.800	2.800	2.800
	allgemeine Umlagen	0,00	0	0	0	0	0
3	+ sonstige Transfer-einzahlungen	0,00	0	0	0	0	0
4	+ öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte, ausgenommen Investitionsbeiträge	353.890,17	392.700	430.700	438.200	445.700	453.200
5	+ privatrechtliche Leistungsentgelte	360.769,79	360.760	380.660	382.660	384.660	386.660
6	+ Kostenersatzungen und Kostenumlagen	101.648,94	170.990	174.990	95.990	95.990	95.990
7	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	97.775,68	83.100	54.100	54.100	68.300	68.300
8	+ sonstige haushaltswirksame Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	113.881,84	136.500	136.500	136.500	136.500	136.500
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nummern 1 bis 8)	6.197.755,97	12.037.140	6.868.290	6.747.590	9.267.890	10.441.390
10	Personalauszahlungen	2.230.043,93	2.283.260	2.328.760	2.375.080	2.422.070	2.470.070
11	+ Versorgungsauszahlungen	0,00	0	0	0	0	0
12	+ Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.249.716,68	1.159.965	1.233.945	976.515	919.185	909.185
13	+ Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	20.134,81	20.000	19.000	18.000	31.000	30.000
14	+ Transferauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.314.377,45	2.470.900	2.618.600	2.659.600	2.705.800	2.701.600
15	+ sonstige haushaltswirksame Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	338.178,99	5.865.600	360.450	292.450	2.622.450	3.786.450
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nummern 10 bis 15)	6.152.451,86	11.799.725	6.560.755	6.321.645	8.700.505	9.897.305
17	= Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (Nummer 9 ./ Nummer 16)	45.304,11	237.415	307.535	425.945	567.385	544.085
18	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	219.139,22	327.360	1.415.031	1.512.200	1.894.835	2.306.250
19	+ Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	0	0
20	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von immateriellen Vermögensgegenständen	0,00	0	0	0	0	0
21	+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken, Gebäuden und sonstigen unbeweglichen Vermögensgegenständen	108.086,60	40.000	31.000	20.000	20.000	0

Folgeseite: 3

**Finanzhaushalt zu §§ 3 und 9 Abs. 1 der Sächsischen
Kommunalhaushaltsverordnung**
HH-Plan 1.2 - Übernahme doppischer Plan aus 2020 - Release 2
Haushaltsjahr 2021

		Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres (lfd. HH-Jahr)	Ansatz des Haushalts- jahres (Planjahr)	das	das 2.	das 3.
		2019	2020	2021	auf das Haushaltsjahr folgende Jahr		
					2022	2023	2024
					EUR		
		1	2	3	4	5	6
	Auszahlungen für außerordentliche Tilgung	0,00	0	0	0	0	0
39	Auszahlungen für die Tilgung sonstiger Wertpapierverschuldung	0,00	0	0	0	0	0
40	= Zahlungsmittelsaldo aus Finanzierungstätigkeit [(Nummern 36 + 37) ./. (Nummern 38 + 39)]	-118.603,97	-117.000	-117.000	583.000	-151.100	1.248.900
41	= Änderung des Finanzmittelbestandes im Haushaltsjahr (Nummern 35 + 40)	-620.213,51	134.475	-532.234	95.645	-137.508	24.235
42	Einzahlungen aus Darlehensrückflüssen	0,00	0	0	0	0	0
43	Auszahlungen für die Gewährung von Darlehen	0,00	0	0	0	0	0
44	Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern	50.584,63					
45	Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern	48.627,05					
46	= haushaltsunwirksame Vorgänge [(Nummern 42 + 44) ./. (Nummern 43 + 45)]	1.957,58					
47	= Überschuss oder Bedarf an Zahlungsmitteln aus Veranschlagungen im Haushaltsjahr [(Nummern 41 + 42) ./. Nummer 43) beziehungsweise (Nummern 41 + 46)]	-618.255,93	134.475	-532.234	95.645	-137.508	24.235
48	Einzahlungen aus übertragenen Ermächtigungen der Vorjahre		921.555	693.119			
	darunter: Betrag der Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen, der sich auf übertragene Kreditermächtigungen bezieht		921.555	693.119			
	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit		921.555	693.119			
49	Auszahlungen aus übertragenen Ermächtigungen der Vorjahre		2.245.686	1.350.281			
	darunter: Auszahlungen für Investitionstätigkeit		2.245.686	1.350.281			
50	= Überschuss oder Bedarf an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr [(Nummern 47 + 48) ./. (Nummer 49)]		-1.189.656	-1.189.396			
51	Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten	0,00	0	0	0	0	0
52	Auszahlungen für die Tilgung von Kassenkrediten	0,00	0	0	0	0	0
53	= Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr [(Nummern 50 + 51) ./. (Nummer 52)] beziehungsweise [(Nummern 47 + 51) ./. (Nummer 52)]	-618.255,93	-1.189.656	-1.189.396	95.645	-137.508	24.235
54	voraussichtlicher Bestand an liquiden Mitteln zu Beginn des Haushaltsjahres (ohne Kassenkredite und Konto-korrentverbindlichkeiten)	1.546.601,66	2.710.782	1.521.126	331.730	427.375	289.867

**Finanzhaushalt zu §§ 3 und 9 Abs. 1 der Sächsischen
 Kommunalhaushaltsverordnung**
 HH-Plan 1.2 - Übernahme doppischer Plan aus 2020 - Release 2
 Haushaltsjahr 2021

	Ergebnis des Vorvorjahres	Ansatz des Vorjahres (Ifd. HH-Jahr)	Ansatz des Haushalts- jahres (Planjahr)	das	das 2.	das 3.
				auf das Haushaltsjahr folgende Jahr		
				2022	2023	2024
				EUR		
	2019	2020	2021	4	5	6
	1	2	3			
darunter: Bestand an fremden Finanzmitteln	0,00					
55 = voraussichtlicher Bestand an liquiden Mitteln am Ende des Haushaltsjahres (Nummern 53 + 54)	928.345,73	1.521.126	331.730	427.375	289.867	314.102
darunter: Bestand an fremden Finanzmitteln	0,00					
nachrichtlich: Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus fremden Finanzmitteln (§ 15)		0	0	0	0	0
nachrichtlich: Betrag der Auszahl. für die ordentl. Kredittilg. und des Tilgungsant. der Zahlungsverpfl. aus kreditähnl. Rechtsgeschäften einschli. der als Invest.auszahl. veranschlagten Tilgungsant. der Zahlungsverpfl. aus kreditähnl. Rechtsgeschäften	0,00	-117.000	-117.000	-117.000	-151.100	-151.100
nachrichtlich: Betrag der verfügbaren Mittel gemäß § 72 Absatz 4 Satz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung	0,00	432.113	83.417	179.062	41.554	65.789

Druckparameter:

69 = 1 Planlisten \ M07 FinanzHH: Mandant: 8050 Gemeinde Dürrröhrsdorf-Ditt. HH-Jahr: 2021 Variante: 1.2-Übernahme doppischer Plan aus 2020Release 2 Startseite: 1 Listen-Nr.: 1-Finanzhaushalt Listentyp: F (zuzüglich der Einschränkungen aus der Nutzerverwaltung für 'd8050005'); Alle = an; Variante = 30209; Ausweis Nullpositionen = an; Startseite = 1; mit Planerläuterung = an; Listen-Nr. = 1; Listentyp = F; Positionsnachweis = an

Finanzhaushalt Teil B-Investitionsprogramm 2021

20.01.2021

Produkt	Kontierung	Kontierung	VHK	Maßnahme	2020			2021			2022			2023			2024			Gesamt 2021-2024 (ohne Reste)		
	Einnahme	Ausgabe			Einnahme	Ausgabe	Eigenanteil	Einnahme	Ausgabe	Eigenanteil	Einnahme	Ausgabe	Eigenanteil	Einnahme	Ausgabe	Eigenanteil	Einnahme	Ausgabe	Eigenanteil	Gesamt	Gesamt	Gesamt
	.Kostenstelle																			Einnahme	Ausgabe	Eigenanteil
Finanzhaushalt TEIL B - Investitionen																						
11.12.01				Beschaffungen und Leistungen für die Verwaltung																		
		Rest	1	Ausstattung Office-Lizenzen/Server																		
		Rest	1	Lizenzen DMS/Microsoft Exchange																		
		Rest	1	Ausstattung Verwaltung		2.000	2.000		2.000	2.000		2.000	2.000								4.000	4.000
11.13.05				Gebäudemanagement																		
20			60	Grundsanierung Gebäude Hauptstraße 86					200.000	200.000		25.000	25.000		25.000	25.000		25.000	25.000		275.000	275.000
20		Rest	267	Treppenlifte Gebäude Hauptstraße 86	9.000	10.000	1.000															
7		neu	283	Parkplätze B8 zzgl. IV					2.000	2.000											2.000	2.000
1		neu	268	Sanierung Kinderland (1. Eit./2. Fenster+Eit./ 3. Dach)		3.000	3.000		3.000	3.000		80.000	80.000		100.000	100.000					183.000	183.000
15		neu	233	Turnhalle											100.000	100.000				1.750.000	3.600.000	1.850.000
1			227	DigitalPakt Schule 1/3 - Netzwerk	21.000																	
50		neu	269	DGH Porschendorf-Stützmauer		5.000	5.000		75.000	75.000											75.000	75.000
10			10	Verkauf GH Dürrröhrsdorf+Flurstück klein-Sonderergebnis	10.000			10.000		-10.000										10.000	0	-10.000
72			68	Verkauf GH Stürza-Sonderergebnis				1.000		-1.000										1.000	0	-1.000
71		neu	21	Kita Stürza		10.000	10.000		70.000	70.000	343.750	630.000	286.250							343.750	700.000	356.250
41			270	GH Wünschendorf-Vorplatz		2.000	2.000		32.000	32.000											32.000	32.000
31			240	GH Wilschdorf-Rettungsweg		15.000	15.000															
63			249	Neubau Gerätehaus Dobra					150.000	150.000	430.000	850.000	420.000							430.000	1.000.000	570.000
14			284	Außenwasser OVZ					1.000	1.000											1.000	1.000
11.13.05.81				Unbebautes Grundvermögen																		
			68	Grundstücksverkäufe Gemeindegebiet - Sonderergebnis	30.000			20.000		-20.000	20.000		-20.000	20.000		-20.000			0	60.000	0	-60.000
11.16.14				Bauhof																		
			211	Erwerb Bauhoftechnik/2021 Winterdiensttechnik/2022 Laubsaugerhänger		2.000	2.000		30.000	30.000		10.000	10.000		2.000	2.000					42.000	42.000
			103	Erwerb Multicar											120.000	120.000					120.000	120.000
12.60.01				Brandschutz																		
		Rest+neu	104	Löschfahrzeug Stürza				10.000	70.000	60.000										10.000	70.000	60.000
			105	TS 8/8 Wünschendorf-Umbau Schlitten		4.000	4.000															
			107	Ausstattung (Rettungssatz FFW Wilsch.; D.D.)		5.000	5.000		27.000	27.000		5.000	5.000		5.000	5.000					37.000	37.000
			107	Ausstattung - Software		2.000	2.000															
		neu	285	Löschfahrzeug Wilschdorf													102.000	200.000	98.000	102.000	200.000	98.000
		neu	271	Zisternen Gemeindegebiet										56.000	100.000	44.000	56.000	100.000	44.000	112.000	200.000	88.000
		neu	272	TLF Dobra gebraucht (2021 neu geplant ohne Rest)	5.000	20.000	15.000	5.000	30.000	25.000										5.000	30.000	25.000
		neu	273	GH Wünschendorf Absauganlage		5.000	5.000															
		neu	273	GH Wilschdorf/Porschendorf Absauganlage		5.000	5.000		12.500	12.500											12.500	12.500
21.11.01.01.				Grundschule																		
			274	Schulgartenteich		6.000	6.000															
			75	Ausstattung		2.000	2.000		2.000	2.000		2.000	2.000		2.000	2.000					6.000	6.000
			227	DigitalPakt Schule 2/3 - Ausstattung	23.360	27.800	4.440															
21.11.01.03				Schülerspeisung																		
			193	Ausstattung																		
28.10.03.00				Belvedere Schöne Höhe																		
			194	Hinweistafeln Turm																		
28.10.04.00				Heimspflege																		
			136	Hüpfburg								2.500	2.500								2.500	2.500

Produkt	Kontierung	Kontierung	VHK	Maßnahme	2020			2021			2022			2023			2024			Gesamt 2021-2024 (ohne Reste)		
	Einnahme	Ausgabe			Einnahme	Ausgabe	Eigenanteil	Einnahme	Ausgabe	Eigenanteil	Einnahme	Ausgabe	Eigenanteil	Einnahme	Ausgabe	Eigenanteil	Einnahme	Ausgabe	Eigenanteil	Gesamt	Gesamt	Gesamt
	.Kostenstelle																			Einnahme	Ausgabe	Eigenanteil
36.51.01.				Eigene Kindertagesstätten																		
05			108	Schulhort - Ausstattung																		
02		neu	109	Kita Wilschdorf Außenbereich/ Spielplatz		3.000	3.000		8.000	8.000											8.000	8.000
02			195	Kita Wilschdorf- Ausstattung (Betten; Geschirrspüler Profi)		6.000	6.000															
01			275	Kita Stürza - Ausstattung		5.000	5.000															
36.52.01.				ASB-Kindertagesstätten																		
			276	Investitionszuschuss		3.000	3.000															
42.10.01				Sportförderung																		
			252	Zuschuss		1.500	1.500		1.500	1.500		1.500	1.500		1.500	1.500					4.500	4.500
54.10.01				Kommunale Straßen, Gehwege, Brücken, Nebenanlagen																		
			78	Stützmauer Mittelstraße Dürrröhrsdorf							55.200	92.000	36.800							55.200	92.000	36.800
			163	Fußweg Lindenstraße/ Porschendorf-KS8715/SEK		14.000	14.000															
			198	Straßenbau Eibersdorfer Gasse/Anteil SEK in 2020		40.000	40.000															
			199	Ringstraße Wünschendorf -Sondermittel FAG	61.000	40.000	-21.000															
			200	Ausbau Dresdner Straße - SEK					9.000	9.000											9.000	9.000
			187	Ersatzneubau Brücke Kehloich Dürrröhrsdorf RL KStB							165.000	220.000	55.000							165.000	220.000	55.000
			183	Umsetzung nWAP Stürzaer Bach				478.890	532.100	53.210	171.000	190.000	19.000							649.890	722.100	72.210
			183	Umsetzung nWAP Stürzaer Bach 2023 ff.										509.985	566.650	56.665				509.985	566.650	56.665
			277	SEK RRB An der Mühle					24.000	24.000		11.800	11.800		281.000	281.000					316.800	316.800
			253	Stadtmöblierung																		
		neu	265	Fussweg BW28 Stürza		15.000	15.000															
		neu	286	Straßenentwässerungsanteil Am Reiterhof in Wilschdorf-WAZV					4.700	4.700		60.900	60.900								65.600	65.600
		neu	287	Straßenentwässerungsanteil Am Breiten Stein-WAZV					5.000	5.000		66.800	66.800								71.800	71.800
54.10.05				Straßenbeleuchtung																		
				Beleuchtungsanlage																		
54.70.01				ÖPNV-Bushaltestellen																		
		Rest	168	Bushaltestellen Gemeindegebiet über VVO																		
		Rest	200	Bushaltestelle Dresdner Straße Wilschdorf GM LaSuV																		
			178	Bushaltestelle Wünschendorf		6.000																
55.10.00				Öffentliches Grün/Spielplätze																		
			123	Ersatzbeschaffung Spielgeräte Wilschdorf		10.000	10.000															
			113	Umgestaltung Spiel- und Sportplatz Stürza																		
		neu	230	Spielgerät Spielplatz Kinderland		5.000	5.000		15.000	15.000											15.000	15.000
			231	Umgestaltung Spielplatz Wünschendorf																		
			81	Spielplatz A6								6.000									6.000	6.000
55.20.00				Öffentliche Gewässer und wasserbauliche Anlagen																		
			48	Hochwasserschutzkonzepte/Planung Kalter Bach		20.000	20.000															
		Rest	47	HW-Rückhaltung H1 - Quellgebiet Stürzaer Bach										469.215	488.828	19.613				469.215	488.828	19.613
		Rest	173	HW-Rückhaltung H3 - Großteich Dobra	77.000	40.000	-37.000	808.150	862.000	53.850										808.150	862.000	53.850
		Rest	174	HW-Rückhaltung H4 - Ziegeleigraben Dürrr.		20.000	20.000							461.385	426.650	-34.735				461.385	426.650	-34.735
57.10.01				Gewerbeförderung und Kommunalmarketing																		
			210	Schaukästen Gemeindegebiet					1.000	1.000											1.000	1.000
57.30.03.01				Dittersbacher Jahrmarkt																		
		Rest	171	Dittersbacher Marktplatz (Teil Spielplatz als HH-Rest)							142.500	190.000	47.500	187.500	250.000	62.500	187.500	250.000	62.500	517.500	690.000	172.500
61.20.01.00 Allgemeine Finanzwirtschaft																						
			FR	außerordentliche Tilgung																		
			FR	ordentliche Tilgung v. Krediten		117.000	117.000		117.000	117.000		117.000	117.000		151.100	151.100		151.100	151.100		536.200	536.200
				Gesamt	236.360	471.300	234.940	1.333.040	2.285.800	952.760	1.327.450	2.562.500	1.235.050	1.704.085	2.619.728	915.643	2.095.500	4.226.100	2.130.600	6.460.075	11.694.128	5.234.053

Produkt	Kontierung	Kontierung	VHK	Maßnahme	2020			2021			2022			2023			2024			Gesamt 2021-2024 (ohne Reste)		
	Einnahme	Ausgabe			Einnahme	Ausgabe	Eigenanteil	Einnahme	Ausgabe	Eigenanteil	Einnahme	Ausgabe	Eigenanteil	Einnahme	Ausgabe	Eigenanteil	Einnahme	Ausgabe	Eigenanteil	Gesamt	Gesamt	Gesamt
	.Kostenstelle																					

Einnahmen Finanzhaushalt (ohne Fördermittel)

Produkt	Kontierung	Kontierung	VHK	Maßnahme	2020			2021			2022			2023			2024			GESAMT		
	Einnahme	Ausgabe			Einnahme		Eigenanteil	Einnahme		Eigenanteil	Einnahme		Eigenanteil				Einnahme		Eigenanteil	Gesamt		Gesamt
.Kostenstelle																			Einnahme		Eigenanteil	
				notwendiger Eigenanteil:			234.940			952.760			1.235.050			915.643			2.130.600			5.234.053
			121	Investive Schlüsselzuweisung	136.000			51.241			143.000			149.000			149.000			492.241		
				SächsInvStärkG (Investkraft)/ 2020 ff. FAG Straßenbau				61.750			61.750			61.750			61.750			247.000		
				Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit	237.415			307.535			425.945			567.385			544.085			1.844.950		
				Kreditaufnahme							700.000						1.400.000			2.100.000		
	3751	ergibt		Differenz (Änderung Liquiditätsreserve)	138.475			-532.234			95.645			-137.508			24.235			-549.862		

		31.12.2020	31.12.2021	31.12.2022	31.12.2023	31.12.2024
Kassenbestand:		863.964	331.730	427.375	289.867	314.102
davon gebunden:		460.945	248.313	248.313	248.313	248.313
notwendige liquide Mittel für Reste vom Kassenstand abgezogen; in Zeile 51 FinHH realer Stand!						
Restitutionsansprüche auf Grundstücke alt		188.615	188.615	188.615	188.615	188.615
Restitutionsansprüche auf Grundstücke BVVG		36.698	36.698	36.698	36.698	36.698
SoPo Vorsorge (Aufl. 24.035 EUR in 17; 67.776 EUR in 2019; 60.073 EUR Rest in 2020)						
Planzahlen!	Investive Schlüsselzuweisung (Ansparphase)				Auflösung 60.073 EUR in 2020	
	Rückabwicklung Grundstückskauf	23.000	23.000	23.000		23.000
ergibt Liquiditätsreserve:		403.019	83.417	179.062	41.554	65.789

Kreditübersicht der Gemeinde Dürrröhrsdorf-Dittersbach Plan 2021

Zinsen Kto. 451-7

Tilgung Kto. 792-7-2 bis ursprüngliche Laufzeit 5 Jahre, darüber -3

					2020		2021		2022		2023		2024		Ablauf	Zinsbindung
Bank	Konto	Kreditsumme Euro	Zinssatz	Stand 01.01.2021	Tilgung	Zinsen	Tilgung	Zinsen	Tilgung	Zinsen	Tilgung	Zinsen	Tilgung	Zinsen		
Kreditaufnahme 2022	neu	700.000,00 EUR									35.000,00 EUR	14.000,00 EUR	35.000,00 EUR	14.000,00 EUR		5% Tilgung/ 2% Zins ab 2025 70.000 EUR/28.000 EUR
Kreditaufnahme 2024	neu	1.400.000,00 EUR														5% Tilgung/ 2% Zins ab 2025 70.000 EUR/28.000 EUR
Ostsächsische Sparkasse Dresden	8640980013	1.400.000,00 EUR	4,814%	0,00 EUR											01.12.2017	
Ostsächsische Sparkasse Dresden	6190980013	752.500,00 EUR ab 1.12.2017	0,720%	639.625,00 EUR	37.625,00 EUR	4.774,62 EUR	37.625,00 EUR	4.503,71 EUR	37.625,00 EUR	4.232,82 EUR	37.625,00 EUR	3.961,91 EUR	37.625,00 EUR	3.691,02 EUR	01.12.2027	
Ostsächsische Sparkasse Dresden	8641480014	131.930,27 EUR	4,740%	0,00 EUR											31.12.2018	
Ostsächsische Sparkasse Dresden	6191480014	71.930,27 EUR	0,88%	59.930,27 EUR	6.000,00 EUR	560,40 EUR	6.000,00 EUR	507,60 EUR	6.000,00 EUR	454,80 EUR	6.000,00 EUR	402,00 EUR	6.000,00 EUR	349,20 EUR	30.12.2028	
Ostsächsische Sparkasse Dresden	8640490016 pro	582.014,86 EUR	0,21%	465.611,82 EUR	29.100,76 EUR	1.015,98 EUR	29.100,76 EUR	954,88 EUR	29.100,76 EUR	893,76 EUR	29.100,76 EUR	832,64 EUR	29.100,76 EUR	771,52 EUR	30.09.2026	
Ostsächsische Sparkasse Dresden	6751244604	440.000,00 EUR	2,14%	286.000,00 EUR	22.000,00 EUR	6.354,70 EUR	22.000,00 EUR	5.888,30 EUR	22.000,00 EUR	5.421,90 EUR	22.000,00 EUR	4.955,50 EUR	22.000,00 EUR	4.489,10 EUR	31.12.2023	
KFW	8007571	41.229,30 EUR	0,00%	0,00 EUR											01.05.2019	
KFW	9058454	17.894,28 EUR	0,00%	0,00 EUR	0,23 EUR	0,00 EUR									01.04.2020	
KFW	5424903	18.466,87 EUR	0,00%	0,00 EUR											01.09.2018	
KFW	6466511	45.504,98 EUR	0,00%	0,00 EUR											01.07.2018	
KFW	1763858	25.053,30 EUR	0,00%	0,00 EUR											01.07.2019	
KFW-2010 Prolongation 2015, 165 TEUR ao. Tilgung	4627711	700.000,00 EUR	1,14%	415.986,00 EUR	21.336,00 EUR	4.894,26 EUR	21.336,00 EUR	4.651,03 EUR	21.336,00 EUR	4.407,80 EUR	21.336,00 EUR	4.164,56 EUR	21.336,00 EUR	3.921,34 EUR	15.08.2025	Tilgung je Quartal 5334 EUR; Zins 1,15; Achtung Zinsen jahresweise abgrenzen
1.867.153,09 EUR					116.061,99 EUR	17.599,96 EUR	116.061,76 EUR	16.505,52 EUR	116.061,76 EUR	15.411,08 EUR	151.061,76 EUR	28.316,61 EUR	151.061,76 EUR	27.222,18 EUR		
Jahresende:					1.867.153,09 EUR		1.751.091,33 EUR		2.335.029,57 EUR		2.183.967,81 EUR		3.432.906,05 EUR			